Nr. 222 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Mittwoch, den 28. September 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 9. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Spät aber doch!

Nach Berichten der polnischen Presse ist dem Sejmmarschall Wolny ein Schreiben des Staatspräsidenten zugegangen, wonach der Schlesische Sejm zum 30. September zu einer neuen Tagung einberufen werden soll. Die Nachricht kommt zwar reichlich spät, aber sie kommt doch und damit wieder einmal die Rechtfertigung, daß die Verfassung in jeder Hinsicht gewahrt wird. Noch am Montag brachte die „Polonia“ eine ausführliche Rechtsauslegung, daß der Schlesische Sejm einberufen werden muß, weil eben der Wojewodschaft Schlesien bezüglich ihrer Stellung im polnischen Staatsverband eine besondere Bedeutung zukommt. Man wird nicht annehmen, daß dieses Rechtsgutachten die Einberufung des Sejms beschleunigt hat, denn das Autonomiestatut besagt ausdrücklich, daß der Schlesische Sejm im September jeden Jahres zusammentreten muß, um das Budget zu beraten. Und diesem Statut ist jetzt Genüge getan worden.

Mit der Einberufung des Sejms treten aber eine Reihe von Problemen auf, die uns trübe in die Zukunft blicken lassen. Das Schicksal des Warschauer Sejms und des Senats sind warnende Zeichen und es ist nicht ausgeschlossen, daß dem Schlesischen Sejm das gleiche Schicksal zuteil wird. Der Warschauer Sejm wurde geschlossen, weil er der Regierung unangenehme Dinge an die Tagesordnung brachte und der Schlesische Sejm wurde geschlossen, weil die Siebener Kommission gegen die Aufständischen einen Bericht bringen wollte, der mehr gegen den obersten Beamten der Wojewodschaft, den Wojewoden selbst, denn gegen die Aufständischen gerichtet war. Damals schickte man in einer heiklen Situation den Sejm nach Hause, aber niemand wird behaupten wollen, daß sich inzwischen an der Gesamtlage, wie ihn damals der Sejm vorfand, etwas änderte und geändert hat. Es wäre dies nur möglich, wenn inzwischen bei Korfanty interveniert worden wäre, daß er von seinem Vorhaben, den Bericht der Siebener Kommission zu geben, Abstand nimmt. Wir sagen ausdrücklich Korfanty und nicht die Christlichen Demokraten, denn die haben sich nur von Korfanty mißbrauchen lassen und die ganze Sejmschließung provoziert. Ob sie angebracht war, ist eine andere Sache. Aber nach dem Artikel der „Polonia“ zur Einberufung des Sejms, ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß Korfanty nicht davon abgeht, mit dem Wojewoden abzurechnen, weil ausdrücklich darauf verwiesen wird, daß die Obhut über die Sicherheit nicht dem Innenministerium in Warschau, sondern den Wojewodschaftsbehörden unterliegt, also der Hinweis, daß der Wojewode für die Sicherheitszustände verantwortlich ist. Nach dem bisherigen Brauch ist eine andere Definition des Rechtszustandes auch nicht anders möglich, aber der Hinweis genügt, um zu wissen, was gespielt wird. Und das ist es, was uns bedenklich stimmt.

Bezüglich des Schlesischen Sejms ist unser Standpunkt hier bereits klargestellt worden. Seine Periode läuft am 10. Oktober sowieso ab und es wäre nichts besser, als wenn man ihn auflösen und Neuwahlen ausschreiben wollte. Fast kommt man zu der Ansicht, daß dieser Plan auch vorliegt und Oberschlesien, wie bei den Kommunalwahlen, die Kraftprobe für Neuwahlen abgeben soll. Denn auch in unserer Wojewodschaft sind die Wahlen zu den Kommunen nach einem unhaltbaren Rechtszustand ausgeschrieben worden und dann folgten die Kommunalwahlen im übrigen Polen. Die Probe in Oberschlesien fiel genau so ungünstig für die Regierung aus, wie im übrigen Polen. Aber dieses nur als ein Vergleich, durchaus nicht als Beweis, daß es so kommen wird. Nur die Möglichkeit soll hier angedeutet werden.

Unsere Befürchtung, daß der Leichnam des Schlesischen Sejms galvanisiert werden soll, scheint also in Erfüllung zu gehen. Unser Standpunkt ist auch heut, daß Neuwahlen der beste Ausweg wären, wenn man die Gegensätze nicht auf die Spitze treiben will. Denn nach den Verfassungsgrundsätzen, denen die jetzige Regierung huldigt, ist es auch durchaus möglich, daß man sich über die Autonomie der schlesischen Wojewodschaft hinwegsetzt und es nicht mehr zu Neuwahlen kommen läßt. Verfassungsmäßig kann der Schlesische Sejm sich nicht selbst auflösen und seine erste Legislaturperiode läuft eigentlich bis zur Schaffung des Statuts über die innere Organisation der Wojewodschaft Schlesien. Zu diesem Statut ist es bis heut nicht gekommen, aber daran ist die Warschauer Zentralleitung schuld, die dem Sejm ein solches Statut vorzulegen verpflichtet war. Einiges über die Kämpfe um dieses Statut haben wir ja bereits vor Jahren berichtet, denn man hat diese Arbeit dem Schlesischen Sejm zunächst entzogen und sie nach Warschau in eine Kommission verlegt, aus welcher man allerdings nie erfahren konnte, was sie mit der Schlesischen Autonomie plant. Eines war nur sicher, daß man die Autonomie soweit einschränken wollte, daß nichts mehr von ihr übrig bleiben sollte und damals war es das Werk derselben Korfantyleute, die heute vom Wojewoden Dr. Grazynski bedrängt, so sehr nach dieser Autonomie als Rechtszustand schreien. Uns kann das Schicksal des Schlesischen Sejms nicht gleichgültig sein und deshalb erheben wir nochmals die Forderung nach **Auflösung und Ausschreibung von Neuwahlen!**

—ll.

Einberufung des Schlesischen Sejms?

Das Schreiben des Staatspräsidenten an den Sejmmarschall — Erste Sitzung am 30. September?

Kattowitz. Polnischen Blättern zufolge hat der Staatspräsident durch Vermittlung des Wojewoden an den Sejmmarschall Wolny ein Schreiben gerichtet, wonach der Schlesische Sejm noch im September zu einer neuen Tagung einberufen werden soll. Das Schreiben ist am Montag in die Hände des Sejmmarschalls gelangt, der die nächste Sitzung für den 30. September einzuberufen gedenkt. Ueber die Tagesordnung ist noch nichts bekannt, diese wird vom Seniorenkonvent festgesetzt.

•

Interessant ist, was zu dieser Einberufung die „Polska Zachodnia“, das Blatt des Wojewoden zu berichten weiß. Sie stellt zunächst die Tatsache der Einberufung fest, berichtet und unterstreicht ausdrücklich, daß die Einberufung des Sejms im engen Zusammenhang mit der letzten Anwesenheit des Wojewoden in Warschau steht und daß das Schreiben des Staatspräsidenten dem Sejmmarschall durch den Wojewoden eingehändigt wurde, beziehungsweise durch dessen Vermittlung. Und im Fettdruck fügt sie hinzu: Man erwartet von den Herren Abgeordneten, daß sie sich ernsthaft zu einer ergebnisreichen Gesetzesarbeit heranmachen und versuchen, alle Gegensätze auszugleichen und den Sejm nicht zu einer Demonstrationsangelegenheit benutzen. Jede persönliche Arbeit gewisser Stellen gegen die schlesischen Behörden und die Regierung muß unterbleiben, im Interesse der Allgemeinheit und der nationalen Belange. Und weiter wird eine Drohung ausgesprochen, daß diese Tagung eine Probe für die günstige Gestaltung der schlesischen Politik und auch des Sejms sein soll. Das ist deutlich genug!

Genosse Breitscheid über die Aufgaben der Sozialdemokratie

Koalitionsmöglichkeit — Grenzausgleich

Paris. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Breitscheid gab dem Genfer Vertreter des „Exelsior“ ein Interview, in dem er sich, besonders über die kommenden Reichstagswahlen auslies. Er erklärte u. a., der Ausfall der Wahlen hänge von der Haltung des Zentrums ab. Augenblicklich unterstützte das Zentrum die Deutschnationalen wegen der Schulreform und des Konkordats. Nachdem es Genugtuung erhalten habe sei es möglich, daß es die Nationalisten verlasse und sich der Linken anschließe. Das Ergebnis der Wahl werde aber in der allgemeinen Reichspolitik nicht die Orientierung des Parlaments verhindern. Zur Frage

ob die Sozialisten in die Regierung eintreten werden,

erklärte Breitscheid, daß die Lage vielleicht gestatten werde mit dem Zentrum und der deutschen Volkspartei eine Koalition zu bilden. Die französischen Kammerwahlen würden aber einen großen Einfluß auf die Orientierung in Deutschland ausüben. Die Wahlen würden auf der Grundlage der Steuern, des Protektionismus, des

außenpolitischen Programms und besonders der polnischen Grenzen

geführt werden. Die Deutschen erklärte Breitscheid, könnten sich über die Ostgrenzen nicht befriedigt zeigen. Die Sozialdemokratie habe aber

für immer den Appell an die Waffen aus ihrem Programm gestrichen.

Seine Partei sei der Auffassung, daß man juristische Dinge einrenken könnte, selbst

ohne daß man an den bestehenden Grenzen rühre

indem man sich beispielsweise unsichtbar mache, durch

Aufhebung der Pässe und Beseitigung der Grenzschwierigkeiten.

Entgegen der Regierung in Frankreich sei die deutsche Republik fest verankert. Die deutsch-französischen Beziehungen hält Breitscheid für gebessert, erklärt aber, die Aufrechterhaltung der Besatzung dürfe kein Pfand für Frankreichs Sicherheit und für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sein. Deutschland sei diesen Verpflichtungen regelmäßig nachgekommen. Entwaige Verhandlungen über die vorzeitige Rheinlandräumung müßten sich auf wirtschaftlicher und finanzieller Grundlage aufbauen, die aber besser sein müßten als die berühmten Eisenbahnfonds, die in Thoiry in Aussicht genommen worden seien.

Die Abschlußarbeiten in Genf

Bau eines neuen Völkerbundspalais — Abrüstungserfolg

Genf. Die Völkerbundsversammlung nahm im weiteren Verlauf ihrer Sitzung ohne Debatte und ohne Abstimmung den Bericht über die Schaffung eines Verwaltungsgerichtes beim Völkerbundssekretariat und den Bericht über die internationale Transit- und Verkehrskonferenz an. Der Bericht über die Festsetzung der Gehälter der Völkerbundsbeamten wurde ebenso erledigt. Die Versammlung nahm sodann den Bericht der vierten Kommission über das Budget des Völkerbundes für das nächste Jahr an. Hierbei lag ein zweiter Antrag vor, die Kosten für die Kodifikation des internationalen Rechtes von 5000 auf 40 000 Franken zu erhöhen. Da sich jedoch in der Versammlung Widerstand geltend machte, wurde der Antrag zunächst an die vierte Kommission überwiesen, die heute Abend um 22 Uhr noch einmal zusammentritt. Die Restpunkte auf der Tagesordnung werden in der abschließenden Sitzung am Dienstag vormittag erledigt werden. Präsident Guani wird in dieser Sitzung eine Rede halten, in der er einen Ueberblick über die Verhandlungen der gesamten Tagung geben wird. Im weiteren Verlauf erstattete der englische Delegierte, Sir Hilton-Young den Kommissionsbericht über den Bau des neuen Völkerbundspalais. Der Berichterstatter schlägt vor, die endgültige Entscheidung über die Wahl des Bauplanes dem fünfgliedrigen Ausschußes zu überlassen, in dessen Händen bereits die bisherigen Vorverhandlungen gelegen haben. Der Ausschuß solle im Einverständnis mit dem Völkerbundsrat ein Projekt aus den mit ersten Preisen prämiierten Entwürfen auswählen. Er beantragte weiter Erhöhung des ursprünglich für den Bau vorgesehenen Betrages von 15 auf 19 Millionen Schweizer Franken. Nach lebhafter Debatte nahm die Versammlung den Vorschlag des Berichterstatters an, daß der Fünferausschuß die Wahl in Uebereinstimmung mit dem Rat zu treffen habe, an. Die endgültige Entscheidung dürfte voraussichtlich im Laufe der nächsten Monate fallen.

Abrüstungs-„Erfolg“ des Völkerbundes

Genf. Die Völkerbundsversammlung hat Montag vormittag die fünf Entschließungen des Abrüstungsausschusses einstimmig angenommen. Die erste dieser Entschließungen fordert, daß die Zivilluftfahrt nur wirtschaftliche Ziele verfolgen darf und verlangt die Förderung von Abkommen zwischen den Luftfahrtgesellschaften der einzelnen Länder. Ferner stimmte die Versammlung den Beschlüssen des Rates über beschleunigten Zusammentritt in Krisenfällen zu. Die vierte Entschließung betrifft den finnischen Antrag, eine finanzielle Hilfe für angegriffene Staaten im voraus zu organisieren und empfiehlt die Fortsetzung der Vorarbeiten zum Abschluß eines entsprechenden Staatsabkommens. Die fünfte und wichtigste Entschließung empfiehlt:

1. Die Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit durch den Abschluß von zwischenstaatlichen oder Kollektivverträgen, um das Vertrauen zu schaffen, das für einen vollen Erfolg der Abrüstungskonferenz unerläßlich ist.
2. Den beschleunigten Abschluß der technischen Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz.
3. Die Bildung eines Sonderkomitees zum Studium der Sicherheitsfrage und der durch Schiedsgerichtsbarkeit erreichbaren Garantie. Die Untersuchungen des Sonderkomitees sollen sich strecken auf folgende drei Möglichkeiten:
   a) Aktion des Völkerbundes zur Herstellung eines Netzes zwischenstaatlichen und kollektiven Schieds- und Sicherheitsverträgen;
   b) systematische Vorbereitung zur Ausführung der Paktverpflichtungen und
   c) Abschluß von Vereinbarungen, die zwischen einzelnen Staatsgruppen ohne Präjudiz der Paktverpflichtungen eingegangen werden könnten und Auskunftserteilung an den Rat über die Höhe der Streitkräfte, die die einzel-

nen Regierungen für Konfliktfälle in bestimmten Gebieten etwa dem Rate zur Unterstützung seiner Beschlüsse oder Empfehlungen zur Verfügung stellen würde.

In der Schlußaussprache legte Nansen die Vorteile des von ihm eingebrachten Antrages zur Errichtung einer Staatenkonvention über obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit dar, die jedem Staat zum Beitritt offenstehen sollte, und ermahnte England, seine Bedenken gegen die Uebernahme gewisser Garantieverpflichtungen zurückzustellen. Als Oberkommissar des Völkerbundes richtete er für die armenischen Flüchtlinge an die Versammlung einen dringenden Appell, sich darüber zu entscheiden, ob das Ansiedelungswerk für die armenischen Flüchtlinge im Gebiete von Erivan durchgeführt werden soll, da er ohne Zurverfügungstellung der weiter notwendigen Mittel genötigt wäre, dieses Werk einzustellen. Die Versammlung nahm ohne weitere Aussprache von diesem Appell Kenntnis.

Unterredung Stresemann-de Brouckere

Genf. Kurz nach der Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Briand, fand im Hotel „Metropole" die Unterredung zwischen Dr. Stresemann und dem belgischen Senator de Brouckere statt. Die Unterredung dauerte nur eine Viertelstunde. Anschließend erfolgte im Hotel „Metropole" eine längere Aussprache zwischen Dr. Stresemann und dem rumänischen Außenminister Titulescu. Ueber den Inhalt der Unterredung zwischen Stresemann und Briand werden wie üblich, von beiden Seiten keine näheren Mitteilungen gemacht. Es wird allgemein darauf hingewiesen, daß zwischen den beiden Ministern ein Einvernehmen über die behandelten Fragen erzielt worden ist. Infolge der Kürze der Zeit kann jedoch kaum angenommen werden, daß die Unterhaltung mehr als informatorischen Charakter gehabt hat.

Das badische Zentrum gegen Dr. Wirth

Karlsruhe. In dem von dem badischen Beobachter veröffentlichten Bericht über die Tagung des Zentralkomitees der badischen Zentrumspartei heißt es zum Reichsschulgesetzentwurf, die Tagung sei sich in der Beurteilung des Entwurfes völlig einig gewesen. Auch darin, daß das Verhalten Dr. Wirths höchst befremdend wirken müsse. Anstatt mannhaft seine Meinung persönlich zu vertreten, sei er der Tagung fern geblieben. Das eindeutige Vorgehen Dr. Wirths in der Schulfrage habe zu den vielen alten Schwierigkeiten neue hinzugefügt. Zur Frage der Wahlrechtsreform wurde betont, daß die badischen Zentrumsabgeordneten im Reichstage mit aller Entschiedenheit für ihre Beschleunigung einzutreten hätten.

•

Berlin. Zu dem Nichterscheinen Dr. Wirths auf der Zentralausschußsitzung der Badischen Zentrumspartei schreibt die „Germania": Das starke Befremden, das das Fernbleiben Dr. Wirths von dieser Tagung hervorgerufen hat, beschränkt sich nicht auf die badischen Parteifreunde. Soviel wir wissen, ist die Sitzung besonders zu dem Zwecke einberufen worden, um Herrn Dr. Wirth Gelegenheit zu geben, seine Bedenken gegen das Reichsschulgesetz zu besprechen. Wenn es Herrn Dr. Wirth wirklich auf eine sachliche Klärung der Schulfrage ankommt, dann hätte er mit Freuden diese Gelegenheit zum Meinungsaustausch ergreifen müssen. Statt dessen bleibt er der Tagung fern, schickt ein Memorandum und zwingt so die badische Partei in einen Notenwechsel mit ihm einzutreten. Dieses Verhalten des Herrn Dr. Wirth versteht niemand mehr.

Woroschilow über Rußlands Kriegsbereitschaft

Wie aus Moskau gemeldet wird, erklärte der Kriegskommissar der Sowjetunion, Woroschilow, der Sowjetpresse, die Rote Schwarz-Meer-Flotte sei vollkommen wiederhergestellt; die Festung Sewastopol sei vollständig renoviert und bereit, den Feind zu empfangen. Die ausländischen Attachees, die an den Manövern der Roten Flotte und der Roten Armee teilgenommen hätten, hätten wohl nun festgestellt, daß die Rote Armee zum Kampf bereit und eine Macht sei, auf die sich die Sowjetregierung stützen könne. Die Rote Armee werde in der nächsten Zeit reorganisiert und weiter ausgebaut werden. Die Manöver der Roten Armee an der russisch-rumänischen Grenze hätten in der Bevölkerung sehr große Beunruhigung hervorgerufen. Die Bevölkerung habe geglaubt, die Manöver als eine Vorbereitung zu einem Krieg Rußlands gegen Rumänien betrachten zu sollen. Im Namen der Sowjetunion dementiere er schärfstens diese Gerüchte.

Die politische Lage der Sowjetunion

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Generalsekretär der kommunistischen Gewerkschaften, Losowski, in einer Unterredung über die allgemeine politische Lage der Sowjetunion gesprochen. Losowski behauptete, daß eine außenpolitische Gefahr für die Sowjetunion nicht mehr bestehe. Die Bildung eines Antisowjetblocks sei heute unmöglich, da die Interessengegensätze der Großmächte untereinander so verschieden seien, daß diese unter sich zu keiner Verständigung über die Rußlandfrage kommen könnten. Trotzdem müsse man alle Maßnahmen ergreifen, damit dieser Block in Europa nicht zustandekomme. Die Sowjetunion wolle keinen Krieg. Frankreich wolle mit seiner Kampagne nur feststellen, wie stark die russischen Nerven seien. Trotzdem könne man annehmen, daß zwischen Sowjetrußland und Frankreich in der nächsten Zeit wieder normale Beziehungen eintreten und die Verhandlungen über den Abschluß des Garantievertrages und die Regelung der Schulden weitergeführt würden. Losowski äußerte sich optimistisch über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika; er behauptete, daß in nächster Zeit Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Amerika beginnen würden. Die Regelung der Schuldenfrage mit den Vereinigten Staaten sei sehr leicht, da die russischen Schulden sehr gering seien. Das amerikanische Kapital könne für die Entwicklung der sowjetrussischen Wirtschaft großen Nutzen bringen.

Zu den Andeutungen Losowskis über die Möglichkeit der Aufnahme diplomatischer Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten wird aus gut unterrichteter Quelle mitgeteilt, daß bis jetzt irgendwelche Besprechungen zwischen Washington und Moskau nicht stattgefunden haben. Moskau habe zwar versucht, einen in Rußland anwesenden amerikanischen Senator zur Vermittlung zwischen Washington und Moskau zu benutzen. Jedoch hat der Senator jede politische Vermittlung abgelehnt.

Neue Ausschließungen aus der KP. der Sowjetunion

Die Propaganda der Opposition in Sibirien.

Moskau. Eine Plenarkonferenz des Bezirkskomitees und der Kontrollkommission der kommunistischen Parteiorganisation von Irkutsk hat 8 Mitglieder dieser Organisation aus der Partei ausgeschlossen. Aus der Begründung dieser Maßnahme geht hervor, daß die Opposition auch in Sibirien eine rege Tätigkeit entfaltet. Auch hier finden immer wieder geheime Fraktionsversammlungen statt, die sich über die Formen der Werbetätigkeit zur Gewinnung neuer Anhänger für die Opposition verständigen. Zu diesem Zweck werden die Streitschriften der Opposition, deren Verbreitung die Parteileitung streng verboten hat, heimlich vervielfältigt und verteilt und zwar nicht nur unter Kommunisten, sondern auch unter den Parteilosen. Die gemaßregelten 8 Oppositionellen, deren Führer ein gewisser Sutschkow war, versuchten beim Verhör durch die Kontrollkommission die Spuren ihrer Tätigkeit zu verwischen, was ihnen aber nur insofern gelang, als die Quelle der Geldmittel nicht festgestellt werden konnte, die der sibirischen Opposition zur Verfügung stand. — In Turkmenistan wurde vor einigen Tagen der Kommunist Tumailow wegen einer ganz gleichartigen „Wühlarbeit" aus der Kontrollkommission der dortigen Parteiorganisation strafweise ausgeschlossen.

Moskau und die Schuldenverhandlungen

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, erwartet man dort die Antwort der französischen Regierung auf die russischen Schuldenregelungsvorschläge in diesen Tagen. In ausländischen diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß eine französisch-russische Verständigung gegenwärtig kaum zu erwarten sei, da die französischen Forderungen zur Zeit über die russischen Angebote hinausgingen.

Rakowski wird, wie in Moskau erklärt wird, im Laufe dieser Woche Paris verlassen. Wie verlautet, soll Tschitscherin neue Vollmachten für die Weiterführung der Verhandlungen mit Frankreich erhalten haben.

Ungesetzliche Justiz in Oesterreich

Aburteilung durch gesetzwidrig zusammengesetzte Gerichte.

Wien. Im Justizausschuß verlas am Freitag der Justizminister einen Bericht des Landesgerichtspräsidenten, in dem im wesentlichen die Anschuldigungen Dr. Bauers über die gesetzwidrige Zusammensetzung der Gerichte zur Aburteilung der Angeklagten aus den Juli-Unruhen zugegeben werden. Die Schuld wird jedoch einem Kanzleibeamten zugeschoben, der eine Aeußerung eines Richters falsch verstanden habe. Böse Absicht liege nicht vor.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Bauer stellte demgegenüber fest, daß von den ungesetzlich zusammengesetzten Gerichten bisher 20 Fälle verhandelt worden seien. Außerdem brachte er noch zwei weitere Fälle vor, wo Arbeitern bedeutet worden ist, sie brauchen am nächsten Tage nicht mehr zu kommen, weil sie für milde Strafen eingetreten sind. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Austerlitz erklärte, angesichts des unbestrittenen Tatbestandes sei die Justiz vor der Bevölkerung mit dem Makel behaftet, mit ungesetzlichen Mitteln zu arbeiten.

Frankreichs Beteiligung an der „Pressa"

Paris. Montag fand bei einem vom internationalen Journalistenverband veranstalteten Frühstück unter dem Vorsitz Painleves eine Aussprache über die Beteiligung Frankreichs an der Pressa statt. Generaldirektor Dr. Esch überbrachte die Einladung Deutschlands zur Ausstellung und legte ihre Ziele dar. Nachdem Painleve in einer Ansprache sich für eine Beteiligung an der Veranstaltung ausgesprochen hatte, trat der Generalsekretär des internationalen Journalistenverbandes, Stephan Wallot, sehr lebhaft für die Beteiligung Frankreichs am großen Maßstab ein. Es wurde beschlossen, die praktische Vorbereitung der französischen Beteiligung sofort in Angriff zu nehmen. Pourcier, der bereits die französische Presseausstellung in diesem Frühjahr in Paris organisiert hatte, wurde beauftragt, den Plan für die französische Abteilung auf der „Pressa" auszuarbeiten.

Neue Bluturteile in Bulgarien

Sofia. Das Gericht in Philippopel verhandelte mehrere Tage lang gegen 46 Personen, von denen die meisten minderjährig sind, wegen Bildung kommunistischer Gruppen. Sechs wurden zum Tode durch den Strang, 31 zu Zuchthaus von siebeneinhalb bis zu zwölf Jahren verurteilt. Die übrigen wurden freigesprochen.

Radikalsozialistische Erfolge bei Ersatzwahlen

Paris. Im Departement Aube und im Departement der oberen Pyrenäen fanden am Sonntag Ersatzwahlen zum Senat statt. Dabei wurde im Aube-Departement im zweiten Wahlgang der radikalsozialistische Kandidat mit 352 gegen den Kandidaten der unabhängigen Radikalen mit 280 Stimmen gewählt. Auch im Departement der oberen Pyrenäen war ein zweiter Wahlgang notwendig. Er ergab gleichfalls den Sieg des radikalsozialistischen Kandidaten mit 265 Stimmen über den republikanischen Kandidaten mit 220 Stimmen.

Neues Hochverratsverfahren gegen Gajda?

Prag. Das dem Außenministerium nahestehende tschechische Legionärblatt „Narodni Osvobceni" will heute von gut unterrichteter Seite erfahren haben, daß gegen dem degradierten Generalstabschef Gajda, gegen den aktiven Staatskapitän Zanek und gegen eine Reihe weiterer hoher Offiziere der Prager Garnison eine neue kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet sei, die zur Anklage wegen Hochverrat führen dürfte.

Die Rundreise der amerikanischen Legionäre

Paris. Sonntag Abend verließ der Kommandeur und Generalstab der amerikanischen Legion mit einer 250köpfigen Delegation Paris, um der französischen Riviera, Italien, der Schweiz, Elsaß-Lothringen, Belgien und England einen Besuch abzustatten.

Die Bande des Schreckens

The Terrible People

von Edgar Wallace

57)

Er legte die Hand auf die zarte Schulter und schüttelte sie. Das Mädchen schlief nicht. Erschrocken richtete es seine Augen auf den Detektiv. Aber es waren braune Augen, und das Gesicht hatte einen scharfen und bedrückten Ausdruck.

„Mr. Long, was machen..." begann die Pflegerin und erblickte das Gesicht in den Kissen.

„Das ist nicht Miß Sanders!" stieß sie erstaunt hervor.

So war es auch. Nora Sanders fuhr zur Zeit in einem schnellen Motorkrankenwagen nach Berkshire, wo der Geschäftsführer von Heartsease wartete, um sie in Empfang zu nehmen — und diesmal würde sie nicht mit Jackson Crayley zu tun haben, sondern nur mit dem Manne, der weder Mitleid noch Furcht kannte.

* * *

34.

Der Wetter Long erriet, was geschehen war, bevor das Mädchen im Bett stammelnd ihre Entschuldigungen vorbrachte.

„Stehen Sie auf und ziehen Sie sich an! Ich verhafte Sie wegen Beihilfe", sagte er. „Senden Sie nach einer Schwester, die hier bleibt, bis diese Frau zum Abtransport fertig ist", fügte er, zur Pflegerin sprechend, hinzu.

Er ging mit der Nachtschwester hinunter, und sie erzählte ihm, was geschehen war.

Das Mädchen war nachmittags auf Empfehlung eines Arztes hereingebracht worden. Sie war anscheinend hysterisch und hatte bis zum späten Abend gewimmert und geweint. Als der „Arzt" kurz vor dem Abendessen vorgesprochen hatte, bat die Oberin ihn, das Mädchen wieder wegzunehmen, denn sie störe die anderen Patienten, und er hatte versprochen, später einen Krankenwagen nach ihr zu schicken. Der Krankenwagen kam auch in Begleitung zweier uniformierter Träger, und man hatte das Mädchen unter Aufsicht des Arztes auf eine Tragbahre gelegt.

„Ich war bis zu diesem Augenblick zugegen," berichtete die Schwester des Nachtdienstes, „als der Doktor mit bat, noch eine Decke zu holen. Ich ging herunter und war kaum drei Minuten fort..."

„Und während dieser Zeit haben die Träger Miß Sanders entweder betäubt oder sonstwie zum Schweigen gebracht, und man hat sie an Stelle des Mädchens auf die Bahre gelegt. Haben Sie einen Aufschrei gehört?"

Die Pflegerin nickte. „Ja, gerade, als ich am Treppenende anlangte. Ich dachte, es wäre Mrs. Dennsey."

Der Wetter Long wurde ganz bleich.

„Ich verstehe", sagte er. „Ich kann Ihnen keine Schuld zuschieben. Ich hätte etwas Aehnliches erwarten sollen, als ich hörte, daß diese Patientin am Nachmittag eingeliefert worden war. Ihr Zimmer lag doch neben dem von Miß Sanders?"

Ihm blieb nichts anderes übrig, als die übliche Meldung nach Scotland Yard weiterzugeben und alle Polizeireviere zu benachrichtigen, nach dem Krankenwagen Ausschau zu halten, dessen Nummer sich der Beamte, der vor der Klinik den Dienst verrichtete, gemerkt hatte.

Er hatte seinen Vater vollständig vergessen, bis ihn der Diener um drei Uhr nachts antelephonierte, während er die Berichte in Scotland Yard entgegennahm.

„Sir Godley ist noch nicht zurückgekehrt", meldete er, und dem Wetter Long lief es eiskalt über den Rücken.

Er brachte jetzt all seinen Mut und all seine Entschlossenheit. Er lehnte sich in seinen Stuhl zurück, und mit ungeheuerer Anstrengung schüttelte er jedes Mitgefühl ab. Er war jetzt nur noch ein Kriminalbeamter, der das Verschwinden eines Mannes namens Godley Long, und der Sekretärin von Miß Revelstoke aufzuklären hatte. Wenn er bei seinen Gedanken an sie irgendwelchen Gefühlen Raum geben wollte, war Gefahr vorhanden, daß er verrückt werden würde.

Das waren nicht die einzigen beiden Menschen, die während dieser Nacht verschwanden. Miß Revelstoke war früh am Abend zu einer Gesellschaft gegangen und um drei Uhr noch nicht zurückgekehrt. Henry, der Rechtsanwalt, war auch abwesend, anscheinend hatte er Miß Revelstoke begleitet. Aber ein Mann war auf seinem Posten. Als der Detektiv um vier Uhr Heartsease anrief, antwortete Mr. Cravel.

„Sind Sie es, Long? Ist irgend etwas geschehen?"

„Ich versuche seit zwölf Uhr, Sie zu erreichen", sagte der Wetter Long. „Wo sind Sie gewesen?"

„Seit zwölf Uhr versucht, mich zu erreichen? Das ist eine Lüge. Ich habe seit elf Uhr geschlafen, und das Telephon ist neben meinem Bett. Was wollen Sie?"

Es war nicht die Stimme eines eben aus dem Schlafe geweckten Mannes, denn sie klang klar und laut.

„Ich komme hinaus, um Sie zu sprechen", erklärte der Detektiv. „Ist Ihre Schwester auch dort?"

Es entstand eine Pause.

„Nein, meine Schwester ist nicht hier. Sie ist in der Stadt, Sie kennen die Wohnung?" Und er gab ihm die Nummer.

„Ich werde in einer Stunde dort sein", sagte Long.

Er rief Alice Cravel an, konnte jedoch von ihr nichts erfahren. Als er einen Beamten ausschickte, um sie nach Scotland Yard zu holen, war sie wenige Minuten vor dem Eintreffen des Detektivs weggegangen.

Trübe brach der Tag an, und ein feiner Regen fiel, als der Polizeiwagen die Great West Road nach Berkshire hinausfuhr. Als sie an dem unbewohnten Hause vorbeikamen, wohin man Nora Sanders das erste Mal gebracht hatte, wollte der Wetter halten und das Haus durchsuchen. Aber der gesunde Menschenverstand sagte ihm, daß die Bande des Schreckens Nora nach jedem anderen Ort auf der Welt entführt haben würde, aber nicht hierher. Cravel wußte es, und Cravel sollte Aufschluß geben. Dieser Gedanke herrschte bei ihm vor. Bevor er Scotland Yard verließ, rief er einen seiner Vorgesetzten an, und der alte weiße Polizeichef gab ihm eine Warnung auf den Weg.

„Gehen Sie vorsichtig in Ihrer Handlungsweise vor!" hatte er geraten. „Versuchen Sie jede Auskunft zu erhalten, aber wenden Sie nur gesetzliche Mittel an!"

„Alle Mittel sind für mich Gesetz, Oberst. Aber ich werde einen Vermerk machen, daß Sie mich verwarnt haben."

Das war also der große Coup, den sie so schnell geplant hatten. Sie hatten sich Monkfords Geld durch das Mädchen gesichert, und nun suchten sie nach Mitteln und Wegen, um es auf sich zu übertragen. Nora sollte eins der Mitglieder der Bande heiraten, und sobald dies unter Umständen geschehen war, die ihr keine Möglichkeit gaben, Klage einzureichen, hofften sie, ihn vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Sollte er dann versuchen, sie bloßzustellen, so könnte es für ihn nur nachteilige Folgen haben.

Er hatte bereits Egham passiert und fuhr den steilen Hügel herunter, der Landstraße nach Ascot zu. Neben ihm döste der Wachtmeister Rouch. Da sah er an der Landstraße eine Frau stehen, die ihm ein Zeichen gab zu halten.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Zuerst die nationalistische und dann die sozialistische Aufklärung!

Die polnische sozialistische Presse feierte am Sonntag ihren Pressetag. Die hiesige „Gazeta Robotnicza“ ist daher in einem vergrößerten Format erschienen und hat eine Reihe von Artikeln der hiesigen P. P. S.-Führer gelegentlich des Pressetages gebracht. U. a. gelangte der Artikel Viktor Rumpfeld unter dem Titel: „Die nationalen Verhältnisse in Oberschlesien im Spiegel von Zahlen“ zur Veröffentlichung. Selten kommt einem ein derartiger Unsinn unter die Augen, der sich als eine Art sozialistisches Programm der P. P. S. in Ost-Oberschlesien bezeichnet. Wir geben davon eine Kostprobe wieder: „Wir nehmen nachfolgenden Standpunkt ein — sagt Herr Rumpfeld —: Die deutsche Minderheit soll ihre Landsleute in Schutz nehmen können (Herr Rumpfeld erlaubt das gnädigst. Die Red.) und soll ihre kulturellen Rechte haben, darf aber in Schlesien keinen offensiven Kampf mit dem polnischen Element führen. Wir sind fast überzeugt, daß die Deutschen unseren Rat nicht befolgen werden. Nachdem wir das wissen, müssen wir als Sozialisten (!!) den Polonisierungsprozeß beschleunigen und zwar durch eine nationale Bildungsarbeit. Unser Standpunkt kollidiert nicht mit den sozialistischen Grundsätzen (na... na...), im Gegenteil, durch unsere Bildungsarbeit werden wir zur Klärung der politischen und wirtschaftlichen Lage beitragen und die Arbeiterklasse wird davon nur Vorteile haben.“ Herr Rumpfeld predigt da eine neue sozialistische Lehre, nach welcher die P. P. S. zuerst die nationale Bildungsarbeit verrichten wird, bis alle oberschlesischen Arbeiter polonisiert sind, was ihnen nach R. nur zum Vorteile gereichen kann. Erst nach einer gründlichen Polonisierung wird die P. P. S. den Klassenkampf predigen. Wir können der P. P. S. raten, mit diesem ihrem Standpunkt einen Versuch auf einem internationalen sozialistischen Parteitage zu unternehmen. Vielleicht wird sie dort einen größeren Erfolg erzielen als sie dies hier mit ihrer nationalistischen Propaganda in Ost-Oberschlesien zu verzeichnen hat.

Und was wird nun Herr Rumpfeld sagen, wenn sich auch die deutschen Arbeiter auf den gleichen Standpunkt stellen?

Aus dem Maschinisten- und Heizer-Verband

Die am Sonntag, den 25. September, im Zentral-Hotel, Katowice, stattgefundene Delegierten-Versammlung wurde vom Kollegen Binner mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Die Tagesordnung, gegen welche nichts eingewendet wurde, umfaßte folgende Punkte: 1. Protokollverlesung von der letzten Bezirks-Generalversammlung; 2. Kassen- und Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters; 3. Wahlen: a) zwei Kandidaten zum Verbandstag, b) zwei Beisitzer zum Bezirksvorstand; 4. Beitragserhöhung; 5. Gewerkschaftliches.

Das vom Schriftführer des Bezirks, Kollegen Niestroj, verlesene Protokoll wurde angenommen. Dann erstattete Bezirksleiter Sowa den Tätigkeitsbericht, der im wesentlichen die Tätigkeit, wie sie im Interesse der Kollegen zu leisten ist, wiedergab. Die Hauptarbeit liegt immer noch in der Erteilung des Rechtsschutzes in verschiedener Form. Das wichtigste Urteil für unsere Berufskollegen wurde zu Anfang des Jahres im Sond Okrengowy in Katowice gefällt, welches besagt, daß die Tätigkeit der Maschinisten und Heizer nicht als Arbeitsbereitschaft aufzufassen sei, die ohne besondere Pause verrichtet werden müßte, sondern daß den Maschinisten und Heizern innerhalb ihrer 12stündigen Schicht eine zweistündige Ruhepause gewährt werden muß, derartig, daß sie sich von ihren Betriebsstätten entfernen können und in der Zeit Ablösung erhalten müssen. Dieses Urteil hat endlich in den unhaltbaren Zuständen bezüglich der Arbeitszeit unter den Berufskollegen eine klare Rechtslage geschaffen. Auch bei zahlreichen Gewerbegerichtsklagen wurden durchweg günstige Urteile erzielt, die ansehnliche Summen den klagenden Kollegen einbrachten. Leider kann die Spruchpraxis der hiesigen Schlichtungsausschüsse nicht als einwandfrei bezeichnet werden. Es sind da Urteile gesprochen worden, welche alles andere, nur nicht als objektiv bezeichnet werden können. In einem Falle wurde sogar durch einen ins Polnische übersetzten Stempel die betreffende Organisation als nicht legal bezeichnet und abgelehnt, trotzdem dieser Verband im Warschauer Arbeitsministerium registriert ist. Dieserhalb ist Beschwerde durch den A. D. G. B. beim Internationalen Arbeitsamt eingereicht worden. Im Tarifwesen konnte der Verband gleichfalls auf Erfolge in einzelnen Betrieben zurückblicken.

Aus dem Kassenbericht, welchen der Bezirksleiter über die Hauptkasse erstattete, ging hervor, daß das Verbandsvermögen des erst zu zwei Dritteln abgelaufenen Jahres bereits um rund 330 000 Goldmark zugenommen hat. Betreffend der Zahl der Angestellten im Verbande wurde seitens des Verbandsvorstandes eine rücksichtslose Rationalisierung vorgenommen. Einzelne Zahlstellen, die gesondert mit der Hauptkasse abrechnen, gibt es fast gar keine mehr. Es erfolgte in den letzten Jahren eine systematische Zusammenlegung der Zahlstellen in den Wirtschaftsbezirken, wodurch eine erfolgreichere Interessenvertretung der Mitglieder ermöglicht wurde. Als Delegierter zum Verbandstag, der ab 20. November in Frankfurt a. M. stattfindet, wurde Bezirksleiter Sowa und als Ersatzmann Kollege Tabor Ludwig gewählt. Dagegen wurden in den erweiterten Bezirksvorstand die Kollegen Anderzek und Tabor hineingewählt.

Da sich die Finanzverhältnisse der hiesigen Lokalkasse in letzter Zeit sehr ungünstig gestaltet haben, ist für den Fall, daß der Verbandstag im November nicht mindestens 15 Prozent von der Hauptkasseneinnahme der Bezirkskasse zuweist, vorgesehen, daß die Lokalzuschläge ab 1. Januar des neuen Jahres von 10 Groschen auf 20 Groschen pro Woche erhöht werden.

Im übrigen konnte der Bezirksleiter Sowa auf den günstigen Stand unserer Bewegung in Polnisch-Oberschlesien hinweisen. Die Anzahl der selbständigen Ortsgruppen hat sich um 3 vermehrt, während die Mitgliederzahl innerhalb der letzten 2 Jahre sich um mehr als das Doppelte gesteigert hat. Es fehlt im gegnerischen Lager nicht an Versuchen, unsere Bewegung dadurch zu zerschlagen, daß sie innerhalb ihrer Verbände gleichfalls Sektionen von Maschinisten und Heizern zu bilden versuchen. Doch scheitern alle diese Anschläge an der Unzulänglichkeit ihrer inneren Organisation. Wir können deshalb nach wie vor behaupten, daß unsere auf festem Fundament erbaute Berufsorganisation das Vertrauen unserer Berufskollegen genießt und sich auch in der Zukunft durch alle Fährnisse hindurch behaupten wird.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Herr Rybicki hat nun wieder seinem philosophischen Geist in die tiefen Abgründe der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung einsteigen lassen. In der Sonntagsnummer der „Gazeta Robotnicza“ schreibt Herr Rybicki einen langen Artikel unter dem Titel: „Die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Verbände“. Rybicki der aus dem Posen'schen nach Berlin kam und dort unter seinen deutschen Arbeitskollegen die gewerkschaftliche Taktik kennen lernte, will sich jetzt in Oberschlesien als einen gewerkschaftlichen Missionär aufspielen, in seinem Gehirnkasten aufgestapelte Weisheit predigen, daß in Polen nur der „Polnische Zentralverband“ das Monopol hat, die Arbeiter zu organisieren. Er hegt die feste Hoffnung, daß die Arbeiterschaft sein Rezept einmal begreifen will. Er führt an, das die deutschen Gewerkschaften in Deutschland für die polnischen Arbeiter kein Verständnis hatten, mithin mußten polnische Verbände in Deutschland entstehen. Damit schlägt sich Rybicki selbst ins Gesicht, denn er muß doch wissen, daß sein Kollege Adamek lange Zeit als Redakteur einer polnischen gewerkschaftlichen Zeitung „Gazeta Gornicza“ in Bochum beim Bergarbeiterverbande tätig war und konnte daselbst die Meinung der polnischen Bergarbeiter immer vertreten. Der Verband hat auch in Rheinland, Westfalen polnische Angestellte gehabt, wie Tuschinski, Jantschak u. a. die bei den Versammlungen polnisch reden konnten. Ferner hat der Bergarbeiterverband eine italienische gewerkschaftliche Zeitung und eine mährische gewerkschaftliche Zeitung für seine Mitglieder herausgegeben. Rybicki will nicht recht mit seiner Philosophie heraus, warum in Deutschland die „Polnische Berufsvereinigung“ im Jahre 1902 gegründet wurde. Bis dahin waren doch die polnische Arbeiter Mitglieder der deutschen Gewerkschaften gewesen, die als solche den politischen Kampf um die „Niepodległość Polski“ nicht mitmachen konnten, denn das wäre für die deutschen Verbände ein strafbarer Blödsinn gewesen, sie mußten als unparteiische Klassengewerkschaften bleiben und eine solche von den Posener Agitatoren betriebene Politik nicht mitmachen, was dem Rybicki doch einleuchten müßte. Warum sagt Herr Rybicki seinen polnischen Genossen in Deutschland dasselbe, daß sie doch verpflichtet sind, den deutschen Verbänden beizutreten, um auch eine Einheitsfront zu schaffen? — — — Seine Philosophie wird ihm in Oberschlesien nicht viel nützen, und auch seinen Verband nicht heben können.

Sein Kollege schreibt in derselben Nummer gleich hinterher einen zweiten Artikel unter dem Titel: „Organisationsbewegung in Oberschlesien und die P. P. S.“ Der Schreiber dieses Artikels weiß selber nicht, wann sein Verband gegründet wurde, oder will er absichtlich die oberschlesische Arbeiterschaft täuschen! Er gibt als Gründungsjahr 1903 an. Wir wollen ihm sein schwaches Gedächtnis auffrischen und ihn an den 24. und 25. Dezember 1913 erinnern, wo in „Oświęcim im Bahnhofshotel“ seine Organisation trotz aller Warnungen älterer bekannter Genossen gegründet wurde, weil das eine Absicht von Biniszkiewicz war, als die Deutsche Soz. Partei ihm die monatlichen Zuschüsse eingestellt hatte. Um seine Partei aufrecht erhalten zu können, mußte er als Grundlage eine gewerkschaftliche Organisation nebenbei gründen. Nur der Weltkrieg hat diesem Verbande geholfen; denn sonst würde er schon längst an Schwindsucht gestorben sein. Herrn Rybicki rufen wir aber zu: „Hände weg von den altbewährten deutschen Verbänden.“

Die Kolonie Gieschewald

Uthmann hat einen glücklichen Gedanken gefaßt, als er an den Bau der Gieschewaldkolonie schritt. Freilich war sie damals als sie gebaut wurde, nichts mehr Neues, weil in dem industriereichen Deutschland schöne Arbeiterkolonien reichlich vorhanden waren. Wir verweisen hier auf die eigenartigste, sehr anmutige Arbeiterkolonie der Zeche „Radbod“ bei Hamm in Westfalen. Dort bewohnt jeder Arbeiter ein Häuschen, das in einem schönen Garten gelegen ist. Eine der schönsten Arbeiterkolonien dürfte die neue Kruppsche Kolonie in Essen sein. Gewiß bringen solche Kolonien auch gewisse Nachteile für die Arbeiterschaft, weil sie teilweise ihre persönliche Freiheit einschränken, doch sind die Vorteile nicht zu unterschätzen. Der Arbeiter wohnt in einem schönen Häuschen inmitten von Grün und Blumen. Er hat seine Ruhe und gute Luft, was in den kasernenartigen Grubenhäusern nicht der Fall ist.

Die Gieschewaldkolonie ist einzigartig in ganz Polen. Sie hat noch das Gute an sich, daß sie mitten im Walde gelegen ist. Man mag Gieschewald noch so gut kennen, doch zieht dieser Ort den Menschen immer wieder von neuem an und jedesmal entdeckt man in der Kolonie was Neues. Der Herbst hat in den Städten sichtbare Zeichen gemacht. Das Grün ist bei uns bereits grau geworden. In Gieschewald hingegen ist alles prächtig grün. Das Reizende an der Kolonie ist gerade das, daß jedes Häuschen ein eigenes Gepräge besitzt. Lauter kleine Arbeiterhäuschen, und wie günstig sie beispielsweise von den „Villenhäusern“ der P. P. S.-Kolonie „Osiedle“ in Kattowitz abstechen, die geschmacklos den Särgen ähnlich dastehen und wahrscheinlich nur den Vorzug haben, daß sie viel Geld gekostet haben. Die Gieschewaldhäuschen sind anmutig und reizend, wozu auch selbstverständlich die gut gepflegten Gärten das ihrige beitragen. Die Grubenverwaltung handelt gut, daß sie die Gartenpflege den Einwohnern nicht überläßt, sondern selbst daran die Hand legt. Sie konnte durch ihre Gärtner in die Gartenpflege eine Einheitlichkeit, ein System einführen, was sonst nicht der Fall wäre, wenn die Bewohner selbst für die Gärten sorgen würden. Unverzeihlich ist die neue Kolonie, die in östlicher Richtung an die alte Kolonie anschließt. Sie stört fürchterlich das niedliche Bild, das die alte Kolonie von außen hin bietet. Herr Uthemann hat mehr Sinn für das Schöne gehabt als Herr Fischer, was man auf den ersten Blick bemerken kann, wenn man nach Gieschewald von Myslowitz herkommt.

Gieschewald ist für sich ganz abgeschlossen. Es besitzt seine eigenen Handwerker, wie Schneider, Schuster, Fleischer, Bäcker, Friseure und verschiedene Läden mit Lebensmitteln, Galanterie- und Schnittwaren. Nichts fehlt in Gieschewald. Seitdem Gieschewald aufgehört hat, Gutsbezirk zu sein und der Gemeinde Janow einverleibt wurde, finden auf dem schönen, viereckigen Marktplatz Wochenmärkte statt. Diese Wochenmärkte tragen zwar zur Verschönerung des wirklich schönen Platzes nicht bei, aber sie sind sehr nützlich und von der Bevölkerung sehr erwünscht.

Das Schönste was Gieschewald überhaupt bieten kann, das ist sein südwestlicher Teil. Dort wohnen meistens die Beamten und die Direktoren. Ihre Häuser sieht man kaum vor lauter Grün und Blumen. Mitten im Walde wurde eine große Waldparzelle abgegrenzt, auf der vier prächtige Villen für die Amerikaner erbaut wurden. Selten sieht man so reizende Villen, von denen man nur mit Mühe das Auge losreißen kann. Sie sind weder groß, noch protzig, dafür aber geschmackvoll. Ganz Gieschewald, ob Arbeiter- oder Beamtenhäuser, liefert den besten Beweis dafür, daß die Menschen der Arbeit ihr kurzes und schweres Leben auch erleichtern können, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. Leider leben wir heute in Verhältnissen, die die Arbeiter dazu zwingen, wie die Tiere zu hausen und zu essen. Wir können nur die amerikanischen, die englischen und zum Teil auch die deutschen Arbeiter beneiden, daß sie in besseren Verhältnissen leben.

Pressevergehen in 36 Fällen

Drei Tage hindurch soll gegen den Herausgeber des „Glos Gornego Slonska“, Redakteur Jan Kustos, wegen Pressevergehen vor dem Landgericht Kattowitz verhandelt werden. Es handelt sich ausnahmslos um Berufungen, welche seitens des Beklagten bezw. durch den Staatsanwalt eingelegt wurden. Für den gestrigen Montag waren 8 Presseprozesse angesetzt, von denen zwei wegen Zeugenvorladung und Unstimmigkeiten bei der gerichtlichen Verhandlung vertagt werden mußten. In zwei Fällen wurden die Geldstrafen von 50 und 75 Zloty als rechtskräftige Strafen und Urteile bestätigt. in einem Falle erfolgte Umwandlung der vierwöchentlichen Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 600 Zloty, ferner wurden zwei Geldstrafen heruntergesetzt. Freigesprochen wurde Kustos in einem Falle und zwar handelt es sich hierbei um den beanstandeten Artikel: „Kto szerzy seperatyzm“, in welchem von Schikanen gegenüber langansässigen oberschlesischen Beamten und deren Entlassung, sowie Einstellung hinzugewanderter Personen u. a. m. die Rede war. Das Urteil der 1. Instanz lautete auf eine Geldstrafe von 100 Zloty, welche nunmehr aufgehoben wurde. In der Regel handelte es sich um eine Kritik über das Auftreten, die angeblich ungenügende Arbeitsleistung und mangelhafte Ausbildung von bestimmten höheren Beamten im Staatsdienst, sowie Lehrern usw. — Wir behalten es uns vor, über den weiteren Verlauf der Verhandlung zu berichten, sofern wesentliche Prozesse in Frage kommen, über die verhandelt werden sollte.

Um 140 000 Zloty geschädigt

Am letzten Sonnabend wurde der P. K. O. in Kattowitz ein Scheck des polnischen Eisenhüttensyndikats auf den Betrag von 140 000 Zloty lautend, präsentiert, der anstandslos angenommen und auch ausbezahlt wurde. Nachdem von der Bankfiliale das Syndikat von der Auszahlung verständigt worden ist, stellte es sich heraus, daß man einem Schwindler zum Opfer gefallen ist. Die Angelegenheit ist sofort der Kriminalpolizei übergeben worden. — Wir sind nur neugierig, ob sie den raffinierten Scheckfälscher fassen wird. Man sieht aber wiederum einmal, daß bei uns im Lande noch immer Geld zu verdienen ist, wenn auch nicht auf die Art, auf die es das Gros der Bevölkerung verdienen muß.

Ein finnländisches Konsulat in Kattowitz

Der Außenminister erteilte dem finnländischen Honorarkonsul Boleslaw Grzodzienski die Exequatur für die Wojewodschaften Schlesien, Krakau und Kielce mit dem Sitz in Kattowitz.

Die „Polonia“ beschlagnahmt.

Die gestrige Ausgabe der „Polonia“ ist infolge der Veröffentlichung eines authentischen Dokuments aus den oberschlesischen Aufständen beschlagnahmt worden. Diese Beschlagnahme erfolgte, so schreibt die „Polonia“, nach dem Aufheben des Pressedekrets, beweist also, daß unsere Behörden noch weiterhin das Dekret als rechtskräftig betrachten. Bei dieser Gelegenheit erinnert sie noch daran, daß noch vor kurzem die „Polska Zachodnia“ eine Reihe von Dokumenten aus den Aufstandszeiten veröffentlichte, aber in keinem einzigen Falle beschlagnahmt wurde. — Wir verstehen nur zu gut diese Klage der „Polonia“...

Kattowitz und Umgebung

Achtung, Krankenkassen-Wähler!

Das Wahlkomitee der vereinigten deutschen Gewerkschaften beruft hiermit für Freitag, den 30. September d. Js., abends ½8 Uhr, eine Versammlung der Vertrauensleute der an der Krankenkassenwahl interessierten Verbände ein. Die Versammlung findet statt im Saale des Bundeshauses Katowice, ul. Mickiewicza 8, 1. Etage.

Wir bitten, daß von allen denjenigen Organisationen, welche im Ortskartell der freien Gewerkschaften zusammengeschlossen sind, die Vertrauensleute und die Ortsvorstände erscheinen. Aus jedem der erfaßten Betriebe müssen mindestens 2 Vertreter erscheinen. Es wird um zahlreichen Besuch gebeten.

Achtung, Kinderfreunde!

In der nächsten Woche nehmen die hiesigen Kinderfreunde ihre Winterarbeit auf. Zu diesem Zweck werden die organisierten Eltern ersucht, ihre Kinder am Mittwoch, den 28. September, 6 Uhr abends, in das Zimmer 15 des Zentralhotels zu schicken, wo eine Neuaufnahme stattfinden soll. Freundschaft!

Konzertabonnement der deutschen Theatergemeinde. Wir machen unsere Mitglieder noch einmal auf das Konzertabonnement aufmerksam und bitten um baldige Zeichnung, da das erste Abonnementskonzert bereits am 3. Oktober mit dem Violinkonzert von der weltberühmten Geigerin Erika Morini stattfindet. Der Vorstand der Deutschen Theatergemeinde ist bemüht, nur erstklassige Künstler nach Kattowitz zu bringen. Freilich sind dann die Konzerte mit großen Unkosten verbunden, da das Honorar dieser ersten Künstler entsprechend hoch ist. Nur wenn der Vorstand bei unseren Mitgliedern verständnisvolle Unterstützung findet, dazu gehört vor allem die Zeichnung des Abonnements, um die finanzielle Grundlage für die Konzerte zu sichern, ist es ihm möglich, seine sich gesetzte Aufgabe zu erfüllen. Die Zeichnung der Abonnements erfolgt im Geschäftszimmer Johannesstraße 10, 2. Etage Zimmer Nr. 14 in der Zeit von 10 bis 1½ Uhr und von 3 bis 5 Uhr.

Vergebung von Arbeiten. Durch das städtische Hochbauamt in Kattowitz erfolgt die Ausschreibung von Tischlerarbeiten. Bis einschließlich zum 5. Oktober, vormittags 11 Uhr, sind Offerten in verschlossenen Briefumschlägen einzureichen und mit der Aufschrift „Oferta na roboty stolarskie w szkole powszechny przy ul. Dabrowki“ zu versehen. Informationen können auf Zimmer 61 des Hochbauamts im Stadthaus, in der Zeit von 11 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm. eingeholt werden. Die Oeffnung der Offerten erfolgt am Mittwoch, den 5. Oktober.

Zum Bau des neuen Geschäftshauses. Seit ca. 3 Wochen werden auf dem Eisenbahngelände an der Post- und Johannesstraße unmittelbar an der Eisenbahn-Unterführung im Auftrage des „Towarzystwo Ekspoacyjne“ umfangreiche Erdarbeiten vorgenommen. Nach Beendigung will man an die Errichtung eines Geschäftshauses herangehen, welches 7 Geschäftsräume aufweisen wird und zwar mit einem Rauminhalt von je 24 bis 50 Quadratmetern. Der gesamte Baukomplex umfaßt 280 Quadratmeter. In diesem Repräsentationsgebäude, welches anschließend an die Konsumanstalt erbaut wird, sollen die Räume großen Handels- und Geschäftsfirmen gegen einen entsprechenden Mietszins je nach Vereinbarung für eine bestimmte Zeit zwecks Unterbringung und Ausstellung ihrer Exponate überlassen werden. Geeignete Lagerräume werden im Kellergeschoß errichtet. Da an der besagten Stelle ein großer Verkehr herrscht, ist das Gelände für die Errichtung eines derartigen Gebäudes gar wohl geeignet. Nach unseren Informationen werden nicht nur hiesige Geschäftsleute, sondern auch bekannte Warschauer, Krakauer, Lodzer und Bielitzer Handelshäuser die Räume zu Propagandazwecken beziehen. Das Baugelände ist von der Eisenbahnverwaltung für die Zeitdauer von 29 Jahren gepachtet worden. Nach Ablauf dieser Zeit soll das Gebäude in den Besitz der Eisenbahn übergehen. Das Geschäftshaus, welches nur Parterre- und Kellerräume aufweisen wird, soll in diesem Jaher fertiggestellt werden. Wie es jedoch weiter heißt, wird geplant, nach Einholung einer besonderen Genehmigung an die Aufstockung dieses Gebäudes mit einem Turmbau später evtl. heranzugehen. Die Geschäftsräume sollen durch geeignete Türen miteinander verbunden werden. Auch würden bei einer Aufstockung die unteren und oberen Räume durch einen Treppenaufgang bequem besichtigt werden können. Nach Fertigstellung des Geschäftshauses, welches eine Länge von 33 und eine Breite von 12 Metern aufweisen wird will man den Bürgersteig um zwei Meter breiter legen, so daß der Passantenverkehr ungehindert vor sich gehen kann.

Stand der Erwerbslosenziffer im Stadt- und Landkreis. Ein merklicher Abgang von Erwerbslosen war in der Woche vom 15. bis 21. September im Stadt- und Landkreis Kattowitz zu verzeichnen und zwar betrug derselbe 675 Arbeitslose, während an Zugängen nur 353 Neuentlassene registriert worden sind. Geführt wurden am Wochenende in Groß-Kattowitz 2 126, Myslowitz 530, Bielschowitz 833, Chorzow 610, Siemianowitz 1903, Neudorf 1039, Rosdzin 347, Schoppinitz 335, in Janow 457, Hohenlohehütte 393, in den kleineren Ortschaften 3128. Zusammen 11 698 Beschäftigungslose. Eine Unterstützung wurde insgesamt 11 496 Erwerbslosen gewährt.

Die neuen Höchstpreise. Auf der Montag-Sitzung der Kommission ist eine Aenderung der Preise für nachstehende Artikel vorgenommen worden: Roggenmehl (70 Prozent) pro Pfund von 36 auf 35, Schrotbrot von 33 auf 32 Groschen. Auch der Höchstpreis für Schweinefleisch 1. und 2. Sorte ist sowohl im Laden- als auch beim Marktverkauf ermäßigt worden und zwar im Vergleich zu den Preisen der Vorwoche um je 10 Groschen. Jede Ueberschreitung der neuen Höchstpreise, welche von Mittwoch ab gültig sind, wird streng bestraft.

Die Milch wird teurer. Nach einem Beschluß der Preisfestsetzungskommission in Kattowitz ist die Milch pro Liter von 42 auf 46 Groschen erhöht worden. Der neue Preis darf von den Händlern erst von Mittwoch ab erhoben werden.

Königshütte und Umgebung

Bist du's?

Der größte und bedeutendste Mensch in der sozialistischen Bewegung ist unbekannt. Man kennt ihn höchstens im Kreise der wenigen, mit denen er arbeitet. Weder sieht man seinen Namen in der Zeitung, noch sein Bild in den illustrierten Zeitungen. Er redet nur wenig, noch weniger schreibt er. Er fällt auch nirgends auf und denkt nach über das, was da vorne gesagt wird. Wenn er gestorben sein wird, wird sein Name nicht in der Geschichte verzeichnet sein.

Aber darauf kommt es ihm auch nicht an. Er will nur arbeiten für die große Sache, die er für die gerechteste angesehen hat. In dieser Arbeit wird er niemals müde, niemals verzagt, was immer sich ihm entgegenstellt. Rastlos geht er seinen Weg und läßt die siebenmal Weisen schwätzen. Denn er weiß, daß sein Streben früher oder später doch Früchte tragen wird.

Seine Beiträge zu zahlen, hält er als oberste Pflicht und sieht darauf, daß auch die anderen Genossen ihre Pflicht erfüllen. In keiner Versammlung fehlt er. Wenn die Sonne am Himmel emporsteigt, sieht man ihn zur Arbeit gehen. Wenn die Mittagsstunde gekommen ist, verschwendet er die Stunde nicht mit nutzlosem Geschwätz. Man sieht ihn, wie er versucht, bei dem gleichgültigen Kollegen Interesse für seine Ideale, für seine Lebensaufgabe zu erwecken. Er hat immer eine Broschüre oder ein Flugblatt oder einen Zeitungsausschnitt bei der Hand, um seine Argumente bekräftigen zu können. Werden Flugblätter verbreitet, nimmt er seinen Packen und läuft von Haus zu Haus, treppauf, treppab und verteilt alle mit Ueberlegung. Er kennt seine „Kundschaft“, denn er besucht sie seit Jahren.

In seiner Missionsarbeit für die Sache, der er sein Proletarierdasein geweiht hat, vernachlässigt er weder Weib noch Kind. Durch Wort und Tat zeigt er ihnen die Schönheit, die Gerechtigkeit, die Hoffnungsfreudigkeit des sozialistischen Evangeliums. Durch ihn besteht, durch ihn erhält sich die Bewegung zum höheren Aufstieg des arbeitenden Volkes. Wenn die großen Männer und Führer längst vergessen sein werden, er wird im Andenken derer weiterleben, die sich des Segens der neuen und besseren menschlichen Gesellschaft erfreuen werden. Denn er ist der große Mensch der großen Sache. Auf seinem bescheidenen Lebenspfade leuchteten ihm die Dichterworte:

Sei ganz, was deine Pflichten fordern,
Was diese große Zeit begehrt!
Laß hell die Glut, die heil'ge, lodern,
Und läch'le, wenn sie dich verzehrt.
Und wenn im Kampf die Jahre schwanden;
Sei stolz auf deines Hauptes Schnee:
Du hast in Reih und Glied gestanden
Mit den Soldaten der Idee!

Deutsches Theater Königshütte. Die Eröffnungsvorstellung findet am Montag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr, im Theatersaal des Grafen Reden statt. Gespielt wird „Wallenstein“ von Frd. von Schiller (Teil 1 und 2). Der Vorverkauf beginnt am Donnerstag, den 29. September. Die Theaterkasse ist von 10—1 Uhr mittags und von 5½ bis 6½ Uhr abends geöffnet. Telephon 150. Zeichnungen für das Abonnement werden immer noch entgegen genommen.

Sepp Summer in Königshütte. Am Freitag, den 7. Oktober, gibt Sepp Summer ein einmaliges Gastspiel. Er ist den Königshüttern als ausgezeichneter Lautensänger bereits bekannt.

Einwohnermeldeamt Königshütte. Es dürfte für zu- und wegziehende Personen von Wichtigkeit sein, daß sich die Büroräume wegen Umarbeiten gegenwärtig im Kellergeschoß, Zimmer 2, des Biuro Meldunkowe auf der Gimnazjalna — Tempelstraße — befinden. In der Regel werden von den die Aufsicht führenden Polizeibeamten nur Ausländer dort persönlich vorgelassen oder Inländer, wenn wesentliche Meldeangelegenheiten zu besprechen sind. In allen anderen Fällen genügt es, drei Anmeldeformulare auszufüllen und diese nebst der Abmeldung aus dem früheren Wohnorte im Zimmer 9. 1. Etage, abzugeben. Personen im militärpflichtigen Alter müssen sich jedoch zu allererst in das Biuro Wojskowe im Magistrat am Ringe begeben und sich dort einschreiben lassen. Die Militärpapiere mit der Bescheinigung über die erfolgte Registrierung sind den Anmeldeformularen beizufügen. Gleichzeitig ist Rückporto einzulegen, wenn man die Militärpapiere durch die Post zurückgestellt haben will. Die Anmeldung selbst hat sechs Tage nach erfolgtem Zuzuge zu erfolgen. Ausländer müssen sich jedoch sofort binnen 24 Stunden persönlich vorstellen und den Reisepaß und die anderen Personalpapiere mitbringen. R.

Auf frischer Tat erwischt. Ein gutes Geschäft glaubte der Kellner Sylvester Zurawski zu machen, als er sich in der Nacht von Freitag zu Sonnabend im Wartesaal des Königshütter Bahnhofes befand und dort einen Kaufmann kennen lernte, der ziemlich viel Geld mit sich führte. An diesen schlängelte er sich heran und stahl ihm in einem günstigen Augenblick die gutgefüllte Brieftasche. Doch ist er bei dieser Tätigkeit beobachtet worden. Also mußte er die Brieftasche zurückgeben und dann nach der Polizeiwache wandern.

Siemianowitz

Wo ist das Kind? Seit dem 11. d. Mts. wird der Knabe Alfred Nowak von der ul. Smilewskiego vermißt. Das Polizeikommissariat ersucht Angaben, die auf die Fährte des Kindes führen können, baldmöglichst anzumelden.

Wegen Uebertretung der Polizeistunde wurde ein hiesiger Restaurateur mit 4 Tagen Haft oder entsprechender Geldstrafe belegt.

Freitod. In der Gezähbude auf der Schlackenhalde bei Ficinusschacht erhängte sich der Schmied Ernst Rose. Seit einem halben Jahre abgebaut trieben ihn Nahrungssorgen in den Tod. R. war 48 Jahre alt, und hinterläßt Frau mit 3 Kindern.

Börsenkurse vom 27. 9. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.95 zł
		frei =	8.96 zł
Berlin	100 zł	=	46.82 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.50 zł
	1 Dollar	=	8.95 zł
	100 zł	=	46.82 Rmk.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Aus dem kommunalen Leben von Bismarckhütte

Während man sich in den letzten Sitzungen der Stadtparlamente Kattowitz und Königshütte anständig in die Wolle fuhr, ging es in der am Sonnabend stattgefundenen Sitzung der Bismarkhütter Gemeindevertretung entschieden gemütlicher zu. Wie nach dem Schnürchen klappte alles. Punkt für Punkt wurde abgerollt, ohne daß es irgend einen Mißton gegeben hätte. Aber weshalb diese erfreuliche Versöhnlichkeit, nach dem wollen wir nicht weiter fragen; doch vielleicht war schon die Aussicht auf ein gemütliches gemeinsames Beisammensein nach Schluß der Sitzung für sie nicht unerheblich ausschlaggebend gewesen. Und dagegen kann niemand etwas haben. Im allgemeinen enthielt die Tagesordnung Punkte, die für beide Richtungen nur von gleichem Interesse waren, zudem einige, deren Durchführung den anderen Kommunen dringend empfohlen werden kann. Greifen wir hier nur die Behandlung der Bismarckhütter Schulfragen heraus.

Nachmittags 4 Uhr eröffnete Bürgermeister Grzesik die Sitzung mit der Mitteilung, daß der von der Deutschen Wahlgemeinschaft vorgeschlagene und gewählte Gemeindeschöffe Palka nicht bestätigt worden sei. Dann wurde gleich zu Schulfragen Stellung genommen. So wurde beschlossen, um die Schule 6, welche mit Militär belegt ist, freizubekommen, eine Baracke zu erbauen, in die das Militär untergebracht werden soll. Die Schule wird dann gründlich renoviert, eine Badegelegenheit geschaffen und dann auch Einrichtungen für Haushaltungskurse. Die hierdurch entstehenden Kosten in Höhe von 20 000 Zloty werden bewilligt. Besondere Aufmerksamkeit soll in Zukunft dem Gedeihen der Kinder entgegengebracht werden. Verschiedene Vorschläge wurden hier eingebracht, die aber erst alle mit der Schulleitung erwogen werden müssen. Die Volksbücherei, die armen Schulkindern unentgeltlich Lehrbücher zur Verfügung stellt, soll weiter ausgebaut werden. Dann sollen 5 Radioanlagen in den Schulen angebracht werden, davon eine am Rathaus. Die Unkosten in Höhe von 6500 Zloty wurden bewilligt. Der nächste Punkt betraf die Anlegung eines Volkserholungsparkes. Man denkt sich diese Anlage ziemlich großzügig. Sie soll einen bedeutenden Komplex umfassen und nebst Promenaden, mit Spielplätzen und einer Badeanstalt versehen werden. Das dazu notwendige Gelände wird von der Gemeinde Kochlowitz erworben und das zu einem Preise von 45 000 Zloty.

Dann kam die Wasserversorgung an die Reihe. Für Bismarckhütte bedeutet sie seit Jahren schon eine Kalamität und die nur durch den Bau eines Wasserturmes sich beseitigen läßt. Dem Bürgermeister Grzesik ist es nun gelungen, mit der Direktion der Bismarckhütte ein Uebereinkommen zu treffen, nach welchem zu dem Bau des Turmes, dessen Baukosten auf 120 000 Zloty berechnet werden, geschritten wird. Die Bismarckhütte trägt zwei Drittel, während die Gemeinde ein Drittel der Kosten trägt.

Für die Hilfsaktion für das überschwemmte galizische Gebiet bewilligte man 1500 Zloty.

Mit Rücksicht auf die auch in der Gemeinde Bismarckhütte stark vorherrschende Wohnungsnot hat man den Wünschen des Gemeindevorstandes seitens der Wojewodschaft insoweit Rechnung getragen, als die zu erbauenden Arbeiterhäuschen zwischen Zalenze und Bismarckhütte so günstig zu stehen kommen sollen, daß auch Bismarckhütter Wohnungssuchende dorselbst eine Wohnung finden können.

Der Vereinigung der Krankenkassen von Bismarckhütte und Schwientochlowitz, wobei Schwientochlowitz die Zentrale bleibt, wurde zugestimmt.

Zur Kartoffellieferung der Arbeitslosen erklärte der Gemeindevorsteher, daß der Verteilungsplan bereits fertig sei und zur Zeit der Zuweisung der Kartoffeln an die Gemeinde Bismarckhütte die Verteilung sofort in Gang gesetzt würde.

Nach der geheimen Sitzung begab sich der Gemeindevorstand mit den Gemeindevertretern nach dem Bismarckhütter Neubau, um nach der Besichtigung das Richtfest im Hotel Slonski zu feiern. R.

Pleß und Umgebung

Nikolai. (Folgen ehelicher Zwistigkeiten.) Die Ehefrau Agnes Niesporek geriet aus irgend einem Grunde mit ihrem Ehemann in Zwistigkeiten. Sie nahm sich das so zu Herzen, daß sie beschloß, ihrem Leben ein Ende zu setzen. Diesen Entschluß führte sie aus, indem sie sich auf der Eisenbahnüberführung Nikolai—Mokrau vor einen Güterzug warf. Zwar gelang es, diesen zum Halten zu bringen, doch war die N. bereits erfaßt. Der linke Fuß wurde ihr dabei glatt abgetrennt, außerdem trug sie im Gesicht schwere Verletzungen davon. Die Bedauernswerte wurde nach dem Josefskrankenhaus in Nikolai überführt.

Kostuchna. (Brandstiftungen). Sonntag früh um ½3 Uhr ertönte Feueralarm. Es brannte die Scheune des Bauern und Holzfabrikanten Skrydlo. Das Feuer fand in den Ernte- und Holzvorräten reichliche Nahrung. Obwohl die Feuerwehren aus Kostuchna und Umgegend gleich zur Stelle waren, konnten sie doch nicht verhindern, daß das Gebäude bis auf die Grundmauern, ebenso Landwirtschaftliche Maschinen und das übrige Inventar ein Raub der Flammen wurde, da gerade in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag die Hydranten kein Wasser führen, hierin muß die Verwaltung in Zukunft Abhilfe schaffen. Auch bei dem zweiten Brande der ausbrach als der erste noch nicht gelöscht war, es war die Scheune des Holzfabrikanten Lutzka, machte sich dieser Wassermangel bemerkbar. Man geht wohl nicht fehl, wenn man Brandstiftung aus Rache in beiden Fällen annimmt. Im ersten Fall ist der Besitzer durch Versicherung einigermaßen schadlos gehalten, im zweiten allerdings nicht.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr oap., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Internat. Verband der proletarischen Radiogenossen

Von Artur Crispien.

Am 2. und 3. September 1927 tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine internationale Konferenz der Arbeiter-Radioverbände. Vertreten waren Dänemark, Deutschland, Holland, Oesterreich, Rußland und die Tschechoslowakei. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale war durch den Genossen Crispien, der Internationale Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund waren durch Genossen Graßmann vertreten. Die kommunistische Partei ließ sich durch Rosenbaum vertreten.

Die Anregung zu dieser Konferenz war von dem Genossen Nowotny (Oesterreich) ausgegangen. Es sollte die Gründung einer Internationalen Arbeiter-Radiovereinigung vorgenommen werden. Die deutschen Vertreter glaubten, daß die Zeit noch nicht gekommen wäre, um schon eine festgefügte Radio-Internationale ins Leben zu rufen. Man sollte sich zunächst mit einer loseren internationalen Verbindung behelfen. Die Voraussetzungen zur Schaffung einer leistungsfähigen Radio-Internationale wären starke Radioorganisationen in den einzelnen Ländern.

Die Konferenz beschloß unter Berücksichtigung der von Deutschland geltend gemachten Bedenken zunächst prinzipiell: „in der Erkenntnis der ungeheuren kulturellen und politischen Bedeutung des Radio für den Klassenkampf der Arbeiterschaft der Welt einen internationalen Verband der proletarischen Radio-Genossen zu gründen".

Die Konferenz setzte dann sofort ein Komitee ein, das die näheren Bedingungen für die Zugehörigkeit zum internationalen Verband der proletarischen Radiogenossen festsetzen, die Statuten ausarbeiten und eine neue internationale Konferenz zur endgültigen Konstituierung der Radio-Internationale vorbereiten soll. Das Komitee besteht aus je einem Vertreter der Radioverbände Deutschlands (Baake-Berlin), Oesterreichs (Nowotny-Wien) und der Tschechoslowakei (Goldschmidt-Prag).

Der Einsetzung des Komitees war eine längere Auseinandersetzung mit dem Vertreter der Sowjet-Union vorausgegangen. Zwei russische Vertreter hatten zunächst keine Einreiseerlaubnis nach Deutschland erhalten. Ob das durch irgendwelche politische Gründe oder technische Versehen veranlaßt worden war, konnte nicht aufgeklärt werden. Verhandlungen beim Auswärtigen Amt in Berlin führten ohne besondere Schwierigkeiten dazu, daß den russischen Vertretern die Einreiseerlaubnis gewährt wurde. Trotz telegraphischer Benachrichtigung waren die beiden russischen Vertreter bis zum Ende der internationalen Radiokonferenz nicht in Berlin eingetroffen. So war Sowjetrußland durch einen besonderen Delegierten, Mukoml, vertreten.

Mukoml verlangte die Aufnahme eines russischen Vertreters in das Komitee, das die Bedingungen für die Zulassung zur Radio-Internationale ausarbeiten soll. Das Verlangen Mukomls wurde abgelehnt. Maßgebend für die Ablehnung waren taktische und prinzipielle Gründe. Das Komitee soll aus Vertretern dicht beieinander liegender Länder zusammengesetzt werden, damit es rascher zusammentreten könne. Auch die Kostenfrage spielt eine Rolle. Außerdem hatte der holländische Vertreter, Genosse van Looi, in einer Resolution beantragt zu erklären, daß „die Teilnehmer an der Internationalen Radiokonferenz nicht mit der russischen Radio-Amateurorganisation in internationale Verbindung treten, bevor die politische und gewerkschaftliche Einheit erreicht ist." In der Begründung führte Genosse van Looi an, „daß die russischen Kommunisten nach der Scheiterung der Versuche, in offener Weise in unsere Organisationen Einfluß zu bekommen, nach einem anderen System das Ziel zu erreichen versuchen. Sie schaffen internationale und nationale Organisationen auf jedem Gebiet, in die auch Sozialisten eintreten können. Sie haben sogar eine Internationale der Briefmarken gegründet. Das Ziel dieses Systems ist die Beeinflussung und Vergiftung unserer Organisationen auf illegale Weise."

Genosse van Looi verzichtete auf eine Abstimmung über seine Resolution, nachdem das Komitee mit dem Auftrag eingesetzt worden war, erst die Grundlagen für die Radio-Internationale vorzubereiten.

Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß es in Rußland auch sozialdemokratische Radiogenossen gäbe und daß zunächst klargestellt werden müsse, ob auch diese Genossen entsprechende Bewegungsfreiheit für ihre nationale und internationale Betätigung bekämen. Der Vertreter der Sowjetunion hatte in einer längeren schriftlichen Erklärung die Behauptungen des holländischen Genossen als „unerhörte Verleumdungen" bezeichnet. Er beteuerte wiederholt, daß die Kommunisten von dem heißen Wunsch beseelt wären, eine einheitliche Front der Radiofreunde zu schaffen. Wenn das bei den Gewerkschaften und bei den Genossenschaften möglich wäre, müßte das doch auch in der Radiobewegung zu erreichen sein. Diese Beteuerungen, die im schroffsten Widerspruch zur kommunistischen Praxis standen, fanden keinen Glauben.

Mit der vorläufigen Führung der Geschäfte des Internationalen Verbandes der proletarischen Radiogenossen wurde der Genosse Nowotny (Wien) betraut.

Hinter den Kulissen von Paris

Das Palais der russischen Botschaft in der Rue de Grenelle sah gar oft eine sonderbare Gesellschaft um den weißen Tisch vereint, seitdem Christian Rakowsky dort als Botschafter der russischen Sowjets residiert. Nicht Cachin und Rappaport oder sonst etwelche „Kommunisten" waren diese Gäste, und auch nicht etwa Mitglieder unserer Partei. Nein, Männer von rechts, oder gar von äußerst rechts. Wohl hat Rakowsky nie verabsäumt, auch einige der alten „Genossen" aus unserer Partei zu sich zu laden gelegentlich seiner offiziellen Empfänge. Das aber geschah stets ganz offensichtlich, mehr der Pflicht gehorchend denn dem eigenen Triebe, und nie haben sich auch irgendwelche „Beziehungen" zwischen Rakowsky und unseren Genossen entwickelt. Die „Kommunisten" aber mied er aus leicht begreiflichen Gründen mehr, als er sie suchte. Wollte er doch korrekt erscheinen, zum äußersten korrekt.

Aber die De Monzie, die Emil Euree et tutti quanti, mit denen paradierte er, und mit denen hoffte er — der linken öffentliche Meinung ohnehin sicher — auch die rechte öffentliche Meinung sich zu gewinnen.

Daß Rakowsky all diese Rechtsleute um sich sammeln konnte, hat er seinen alten Beziehungen zu danken. Hier in Frankreich hat er seine Studien gemacht, ja eine Zeit lang hier als Arzt praktiziert, und damals Freundschaft geschlossen mit gar manchem, der es seither zu einer politischen Rolle in Frankreich gebracht hat. Und alle diese Jugendfreunde haben ihm ein gutes Gedenken bewahrt, wenngleich sie von links nach rechts hinübervoltigiert sind, dieweil Rakowsky selbst zum Sowjetismus sich hinübergerettet hatte.

Unter diesem Schutze führte denn Christian Rakowsky hier ein ziemlich ungetrübtes Dasein. Selbst die wilde Kampagne, mit der vor einigen Monaten der bekannte Parfümfabrikant und Eigentümer des „Figaro", Herr Francois Coty, gegen den Kommunismus, gegen Sowjetrußland und seinen Pariser Vertreter einsetzte, und die den Innenminister Sarraut zu der Erklärung brachte: „Der Kommunismus ist der Feind", verursachte Christian Rakowsky nicht zu viel Unbehagen. Nahm doch außer Herrn Sarraut niemand den Herrn Coty ernst, von dem man wußte, daß er ein Freund von Mussolini ist und daß nicht er selbst, sondern seine Sekretäre die angriffslustigen Artikel schreiben.

Doch zu Beginn des Monats änderte sich das Bild. Urplötzlich begann ein Kesseltreiben ganz anderer Art gegen Rakowsky. Die gesamte Presse von äußerst rechts bis zur bürgerlichen Linken erhob sich gegen den russischen Botschafter. Warum? Er hatte wohl vor geraumer Zeit das Manifest der Opposition unterzeichnet, worin das gesamte Proletariat zur Verteidigung der Sowjets aufgefordert wurde — aber war das wirklich das treibende Motiv?

Jedem Kenner der Verhältnisse mußte sofort klar sein, daß hier viel mächtigere Hände im Spiele waren, als die des Herrn Coty. Und nicht nur unser „Populaire", sondern auch ein Rechtsblatt, der „Rappel" des Herrn Du Mesnil, verrieten bald, daß die Petroleumkönige hinter diesem Treiben sind. In dem Augenblick, als die Sowjets sich nicht dem Gebote der Royal Dutch und der Shell-Compagnie, dieser beiden gewaltigen Petroleumtrusts, fügen wollten, haben sie, nachdem sie England zum Bruche mit Rußland bewogen haben, das Gleiche nun mit Frankreich versucht.

Im Kabinett selbst fand diese Pressekampagne, die an Schärfe kaum je ihres gleichen gehabt, ebenfalls eifrige Fürsprecher. Neben Herren Marin, dem Vertreter der äußersten Rechten, auch Herrn Tardieu, und allen voran den Justizminister und Vizepräsidenten des Kabinetts, Herrn Barthou, der ja überall dabei ist, wo es gilt, der Reaktion Vorschub zu leisten. Herriot war wohl dagegen, daß Rakowsky einfach nach Hause geschickt werde und noch mehr gegen einen Bruch mit Rußland, aber was zählt noch dieser einstmals so gefeierte Politiker unter den Wölfen dieses Kabinetts? Zumal nachdem Herr Painleve ihm mehr entgegenarbeitete als unterstützte und Herr Poincaree sich im Streite so ziemlich neutral verhielt.

So kam denn nach dem vorletzten Ministerrate die Nachricht, die Majorität der Minister sei für eine sofortige Abberufung von Rakowski, der bald der Bruch mit den Sowjets folgen werde. Man warte wohl mit dem offiziellen Abbruch der Beziehungen zu Rakowski, bis Briand aus Genf heimgekehrt, doch sei seine Zustimmung zweifellos.

Es kam noch einmal anders. Der letzte Ministerrat hat weder die öffentliche Abberufung Rakowskys verlangt, noch den Bruch mit dem Sowjetrußland beschlossen, sondern alles der „Weisheit" des Herrn Briand überlassen. Was sonst noch hinter den Kulissen vorging, um den Russen ein Einschwenken zu ermöglichen, blieb geheim.

Woher nun diese scheinbare Wandlung? Vorerst stieg die Petroleumsache Herrn Poincaree zu arg in die Nase. Sich zum Werkzeug des Herrn Deterding machen zu lassen, paßte ihm doch nicht. Dann hat Herr Barthou angeblich einen Waffenstillstand mit Herrn Cachin geschlossen. Herr Barthou läßt wohl weiter die Kommunisten von „seinen" Gerichten in einer so strengen Weise verurteilen, daß die Horthy und Mussolini ihn darum beneiden könnten, aber er verpflichtete sich doch zum Einlenken im Fall Rakowsky, wenn ihm Herr Cachin für den 19. September Ruhe garantiert. Daher der Rückzug der Kommunisten in der Kampagne gegen die amerikanische Legion, und daher der leichte Sieg Briands im letzten Ministerrat.

Wie lange dieser Waffenstillstand dauern wird? Auf Herrn Barthou ist kein Verlaß, auf die Schlauheit des Herrn Briand noch weniger, und das Geld der Petroleumkönige wird voraussichtlich nun mit verschärfter Kraft arbeiten. Da überdies die Rechte glaubt, daß ein Bruch mit den Sowjets ihr bei den nächsten Wahlen sehr vorteilhaft wäre, muß man sich darauf gefaßt machen, daß der Kampf gegen die Sowjets weitergehen wird. Allerdings darf auch nicht vergessen werden, daß Herr Poincaree mit der Stimmung des Landes rechnet, und die geht, nach allen Berichten, je mehr die Wahlen sich nähern, immer mehr nach links. Und so kann es denn dieses Mal geschehen, daß die Sowjets einen seltsamen Verteidiger bekommen in ihrem größten Gegner Poincaree.

D. D.

Das Urteil von Savona

Gibt es doch noch Richter in Italien?

Von der italienischen Grenze wird uns geschrieben:

Der am 14. September in Savona zum Abschluß gekommene Prozeß gegen Turati und Pertini wegen unerlaubter Grenzüberschreitung und gegen Perri, Roselli und andere sieben wegen Beihilfe, ist in verschiedener Hinsicht interessant. Bekanntlich hat Turati am 12. Dezember sich vom Hafen von Savona aus auf einem Motorschiff nach der Insel Korsika begeben. Das Schiff war von einem gewissen Da Bove im Auftrag des Prof. Rosselli zum Gegenstand von Ankaufsverhandlungen gemacht worden und gegen ein Draufgeld von 9000 Lire von dem Reeder Spirito zu einer Probefahrt unsern Genossen überlassen. Der Motorist Amegilo übernahm seine Funktion im Glauben, daß es sich um einen Ausflug zum Fischfang handelte; in der Tat war alles dazugehörige an Bord. Nachdem Turati und Pertini glücklich auf französischem Boden abgesetzt waren, kehrten Parri und Rosselli in ihre Heimat zurück und wurden verhaftet. Der frühere Theaterkritiker des „Avanti", Genosse Albini, hatte Turati vor der Flucht ins Ausland in seinem Landhause beherbergt; die andern hatten durch verschiedene Art — Anbordbringen des Benzinvorrats, Steuern des Schiffs usw. — die Flucht ermöglicht. Von den elf Angeklagten waren Turati, Pertini, Itala Oxilia und Boiancee flüchtig; die übrigen zum Teil seit Mitte Dezember in Untersuchungshaft.

Wichtig ist nun, daß die Hauptangeklagten, soweit sie anwesend waren, ihre „Schuld" offen zugaben. Parri hat erklärt, das Gesetz nicht anzuerkennen, gegen das er sich vergangen hat. Rosselli hat seine Handlung als unabweisbare Pflicht seiner Freundschaft und seiner Ueberzeugung hingestellt. Sie haben weiter durch ihre persönlichen Erklärungen wie durch die ihrer Rechtsanwälte dargestellt. Sie haben weiter durch ihre persönlichen Erklärungen wie durch die ihrer Rechtsanwälte dargestellt, daß Turatis Flucht ins Ausland eine Tat der Notwehr war, weil in der Heimat das Leben des sozialistischen Leaders beständig gefährdet war.

Der Vertreter der Anklage dagegen hat für alle Angeklagten das politische Motiv der Flucht seinem Antrag zugrunde gelegt und so für alle Strafen von 4 bis 5 Jahren Gefängnis und je 20 000 Lire Buße gefordert, nur für den Genossen Albini, in dessen Landhaus sich Turati aus Mailand begeben hatte, lautete die Forderung des Staatsanwalts auf Freispruch wegen ungenügenden Schuldbeweises. Die Verteidigung hat nun durch die auf ihren Antrag vorgeladenen Zeugen bewiesen, daß Turati tatsächlich sein Leben aufs Spiel gesetzt hätte, wenn er länger in Italien geblieben wäre. Das haben vor allem die Polizeibeamten selbst ausgesagt; auf Veranlassung der Mailänder Polizei begab sich Turati in der Nacht nach dem Attentat von Bologna aus seiner Wohnung in die seines Arztes Dr. Pini. Die Polizei konnte ihm ebensowenig Sicherheit vor Ueberfällen verbürgen wie den Genossen Treves und Gonzales, die man versuchte, durch Unterbringung im Gebäude der Polizeidirektion vor dem Schlimmsten zu schützen. Aus den Zeugenaussagen ist weiter hervorgegangen, daß Turati durch hochgradige Aderverkalkung in einem derartig kritischen Gesundheitszustande ist, daß jede Aufregung eine Katastrophe herbeiführen kann. Trotzdem hat ihm die Regierung den Auslandspaß verweigert, obwohl unser Genosse nicht als Agitator nach Frankreich wollte, sondern als Patient in ein deutsches Sanatorium. Er befand sich also objektiv und subjektiv im Zustande der Notwehr. Dasselbe galt für den Genossen Pertini, der schon einmal überfallen und durch Knüppelhiebe schwer verletzt worden war und außerdem jeder Möglichkeit beraubt, sich auf irgendeine Weise seinen Unterhalt zu verdienen.

Es liegt auf der Hand, daß im faschistischen Italien kein Gericht diesen Zustand der Notwehr anerkennen und darauf einen Freispruch gründen konnte. Das hätte wohl zur Folge gehabt, daß die Richter sich am nächsten Tage nach der besten Gelegenheit zur Ueberfahrt nach Korsika hätten umsehen müssen. Kein Gericht konnte in seinem Urteil sagen: die Regierung macht den Leuten der Opposition das Leben in der Heimat unmöglich und verbietet ihnen gleichzeitig das Abwandern; die Tatsache der Lebensgefährdung macht die Ueberschreitung des Verbots straflos. Ein solches Urteil wäre ein Monument gewesen „aere perennius", aber die es fällten, wären darunter zermalmt worden. Immerhin haben die Richter von Savona ihr Möglichstes getan, um die Ehre des italienischen Richterstandes, soweit es bei ihnen stand, hochzuhalten, und sie haben dadurch noch einmal bewiesen, daß in der ruchlosen und widerwärtigen Pervertierung des Rechtsgefühls, die das offizielle Italien an den Tag legt, die Berufsrichter einen Widerstand bewiesen haben — trotz des systematischen Abbaus der Gradrückigen — den man bei den Geschworenen vergebens suchen würde. (Von den Richtern des „Spezialgerichts" sprechen wir gar nicht; die sind ja nur eine Kreuzung von Lakai und Henker.) So lehnt das Urteil für alle Angeklagten das politische Motiv ab, für das eine Mindeststrafe von 3 Jahren vorgesehen ist. Das besagt also, daß die Verfolgung aus politischen Gründen, wenn sie zum Anlaß der widerrechtlichen Grenzüberschreitung wird, dieser Ueberschreitung noch nicht das juristische Merkmal des politischen Motivs verleiht; zu diesem Merkmal ist es unerläßlich, daß der Täter durch die Grenzüberschreitung sich die Möglichkeit politischer Wirksamkeit sichern will. Die offizielle Tendenz geht dagegen dahin, jede Grenzüberschreitung eines politisch Verfolgten als aus politischen Motiven entspringend, anzusehen und zu ahnden.

Genosse Albini, der den Kranken Turati in seinem Landhause aufgenommen hat, ohne dies irgendwie zu verheimlichen, ist freigesprochen worden. Das hatte auch der Staatsanwalt beantragt, aber „wegen mangelnden Schuldbeweises". Die Richter von Savona haben aber doch eine andere Auffassung nationaler Sebstachtung an den Tag gelegt, indem sie Albini freisprachen, „weil die ihm zur Last gelegte Tat kein Verbrechen ist". Es ist also in Italien doch noch nicht strafbar, daß der Freund dem Freunde sein Haus öffnet, wenn das eigene Heim des Gastes weder Ruhe noch Sicherheit verbürgt. Dazu muß man schon ein neues Dekret machen und ein neues Geschlecht von Richtern aufziehen. Freigesprochen wurde weiter der Reeder Spirito, dessen Unschuld klar zutage lag, der Motorist Ameglio und Giacomo Oxilia wegen ungenügenden Schuldbeweises. Für die anderen acht je 10 Monate Haft, mit Ausnahme von Itala Oxilia, der wegen Uebertretung der Bestimmungen für die Handelsschiffahrt im ganzen zu 13 Monaten und zu 20 Tagen Haft verurteilt wurde. Von den Verurteilten sind nur Parri, Rosselli und Da Bove in Haft und haben schon beinahe ihr Pensum absolviert. Natürlich wird die Regierung das Urteil von Savona „korrigieren", indem sie die Verurteilten gleich nach der Freilassung verschickt.

Romantik der Großstadt

Noch ist nicht alle Poesie erstorben im Tosen und Brausen der Sechsmillionenstadt Neuyork. Noch lebt eine Seele im erbarmungslosen Räderwerk des technisierten Massenverkehrs. Selbst in Neuyork, inmitten der City, wo alles nur Busineß scheint und der brutale Maschinentakt alles Eigensein übertönt. Hier, an der 42. Straße, verrichtet der Verkehrsschutzmann sein mechanisches Handwerk, und die Automobile stauen sich zu seiner Linken und Rechten. Hunderte warten darauf, die Straße zu kreuzen. Da plötzlich drängt sich ein kleines Figürchen durch die Masse, schlängelt sich mit einem Ruck zwischen die Kette fauchender Motoromnibusse und springt dann zu dem Schutzmann hin. Sie ist zierlich, die kleine Miß, und an der Bluse trägt sie ein Bukett von frischen Blumen. Sie hängt sich dem Schutzmann an den Arm, wir sehen alle zu und sind gespannt, was nun geschehen werde. Sie spricht mit ihm. Es muß ihr sehr eilig sein. Aber der Schutzmann läßt keinen Blick von dem Verkehr, der ihn umbraust. Jetzt greift er zur Signalpfeife, hält den rechten Arm hoch. Alle Wagen stoppen. Die kleine Miß schaut um sich, und dann springt sie über den Fahrdamm, ganz allein, von uns allen bestaunt, und der ganze Verkehr steht still, nur um ihretwillen, und die ganze Straße gehört ihr allein. Der Schutzmann wacht mit erhobenem Arm. Wieder greift er zur Pfeife, und vorwärts braust der Verkehr, und die Auspuffrohre dampfen. Die kleine Miß mit ihrem Blumenbukett ist verschwunden. Aber jene Minute gehörte ihr, als der Schutzmann Kavalier war, und wir alle warten mußten — weil sie so ein scharmantes Girl war mit Bubikopf und rotgeschminkten Lippen.

So ähnlich ging es auch dem Pudelhündchen, das vor ein paar Tagen es zuwege brachte, einen ganzen Hochbahnzug zum Stillstand zu nötigen. Es war um acht Uhr morgens, als alle Leute in großer Eile waren, um rechtzeitig ihre Arbeitsstätten zu erreichen. Der kleine Pudel war auf irgendwelche Weise auf das Hochbahngleis geraten und spazierte nun vergnügt zwischen den Schienen hin und her. Die Sonne schien, und die Aussicht von der Höhe des Gerüstes aus war recht verlockend. Dann aber kam der Expreßzug. Aus weiter Ferne schon konnte man ihn heranbrausen sehen. Aber das brachte den Pudel keineswegs aus der Fassung. Gemütlich kletterte er weiter zwischen den Schienen hin und her. Der Führer begann zu tuten. Nun war der Zug kaum zweihundert Meter entfernt. Doch der Pudel bewahrte seinen Gleichmut. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: die Hochbahn zog den kürzeren und sah sich genötigt, einen unfreiwilligen Aufenthalt zu nehmen. Der Pudel schien sich diebisch darüber zu freuen. Vergnügt wedelte er mit dem Schwanz und tanzte um den Motorwagen herum. Aber die Bahn gab er nicht frei. Mehrmals versuchte es der Führer mit ultimativen Mitteln, indem er den Zug plötzlich anfahren ließ. Der Pudel ließ sich durch solche Schreckmittel nicht imponieren und blieb ruhig inmitten der Gleise sitzen, indem er interessiert der Dinge harrte, die da kommen sollten. Alles Fluchen der ungeduldigen Passagiere half nichts. Wenn ein Pudel es sich einmal in den Kopf gesetzt hat, eigen-

sinnig zu sein, so kommt ein ganzer Hochbahnzug nicht dagegen auf. Endlich entdeckte einer der Fahrgäste sein Vesperbrot in der Manteltasche. Er band die Stulle an einem Bindfaden fest und zog mit diesem Köder auf die Pudeljagd. So endete die Tragikomödie. Der Pudel biß an, wurde am Schwanz gepackt und für verhaftet erklärt. An der nächsten Haltestelle wurde er wieder freigelassen. Der Zug hatte fünfzehn Minuten Verspätung, und der kleine weiße Pudel hatte es fertig gebracht, den Koloß Neuyork eine volle Viertelstunde lang an einer Lebensader zu treffen.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Mittwoch, den 28. September 1927. 16,30—18: Ungarische Musik. — 18: Abt. Welt und Wanderung. — 18,50—19,20: Hans Bredow-Schule: Abt. Wirtschaft. — 19,20—19,50: Hans Bredow-Schule: Abt. Literatur. — 20: Exotische Jagdgrotesken. — 21: Uebertragung aus Gleiwitz: Schlesische Chorkomponisten. — 22,15: Uebertragung aus Gleiwitz: Abt. Technik. — 22,30—24: Uebertragung aus Gleiwitz: Konzert und Tanzmusik der Kapelle Wassermann im „Cafee Hindenburg“, Beuthen.

Posen — Welle 270,4.

Mittwoch, 13: Berichte. Militärkonzert. — 17,30: Konzert. — 19: Uebertragung vom Internationalen Kongreß. — 21: Abendkonzert. — 22: Zeitsignal. — 22,30: Jazzband.

Krakau — Welle 422.

Mittwoch. 16,40: Kinderstunde. — 17,15: Warschau. — 19: Vorträge. — 20: Berichte. — 20,30: Konzert. — 22: Warschau. 22,30: Konzert.

Warschau — Welle 1111.

Mittwoch. 12: Wie vor. — 16,30: Vortrag. — 18,50: Briefkasten. — 19,35: Vortrag. — 20,30: Konzert. — 22: Zeitsignal, Berichte.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Graz 357,1. — Klagenfurt 272,7. — Innsbruck 294,1 (versuchsw.).

Mittwoch. 11: Vormittagsmusik. — 16,15: Nachmittagskonzert. — 18: Kinderstunde. — 19: Anfänge der Musik. — 19,30: Ueber Reinhefe. — 20,05: Konzert des Wiener Symphonieorchesters. Abendmusik.

Bern Welle 411. — Basel Welle 1100.

Mittwoch. 16: Orchester. — 16,30: Kinderstunde. — 20: Originalkompositionen für Klavier zu vier Händen. — 21,20: Orchester.

Mailand — Welle 315,8.

Mittwoch. 16,15: Wie Dientag. — 20,45: Zeitzeichen. Uebertragung einer Operette. Stefani-Nachrichten. Anderes Programm: Wie Montag.

Rom — Welle 450.

Mittwoch. 21: Wie Dienstag. — 21,10 ungefähr: Unterhaltungskonzert. Anderes Programm: Wie Montag.

Versammlungskalender

Sozialistische Jugend.

Am Dienstag, den 27. d. Mts., findet unsere

Bezirks-Vorstandssitzung

in Laurahütte um ½8 Uhr statt.

Es wird erwartet, daß alle Gruppen vertreten sind.

Königshütte. (Frauengruppe „Arbeiterwohlfahrt“.) Am Dienstag, den 27. September d. Js., abends 7½ Uhr, findet im Vereinszimmer des Volkshauses unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung wird um vollzähliges Erscheinen ersucht.

Nikolai. (Freie Sänger.) Die nächste Uebungsstunde findet am Dienstag Abend um 7 Uhr im Vereinslokal statt.

Vermischte Nachrichten

Schwindelhafte Heiratsannoncen.

Der Herausgeber einer Heiratsliste, eine Wahrsagerin und ein Handschriftdeuter hatten sich zusammengetan, um durch Heiratsannoncen in einer Berliner Tageszeitung Kundschaft zum „Schröpfen“ zu bekommen. Vor etwa vierzehn Tagen suchte ein gutsituierter Herr von vierzig Jahren, schuldlos geschieden, eine herzige Hausfrau zwecks Heirat zur Verschönerung seines eleganten Heims“. Viele Bewerberinnen, jedenfalls alle von herzigem Gemüt, meldeten sich, um dem „Einsamen“ sein Heim zu verschönen. Unter den Bewerberinnen befand sich auch die 25 Jahre alte Charlotte Braus aus der Lothringerstraße. Vor zehn Tagen erhielt sie ein Schreiben von dem Herausgeber der Heiratsliste, in welchem sie aufgefordert wurde, auf die Liste, Preis vierteljährlich 8 Mark, in der alle sie passenden Partien verzeichnet sind, zu abonnieren. Der „gutsituierte Herr“ befand sich auch darin. Zuschriften wurden unter Chiffre Postamt 73 erbeten. Zwei Tage darauf erhielt das Mädchen einen Brief von einer Kartenlegerin, die jedenfalls auch mit dem „gutsituierten Herrn“ in Verbindung steht, und es wurde ihr Besuch erbeten. Was war natürlicher, als daß dort dem Mädchen die Zukunft gedeutet wurde. Preis 3—5 Mark. Selbstverständlich spielte das „große Glück“ durch eine reiche Heirat eine große Rolle, namentlich der Besuch eines Herrn in der „Abendstunde“. Voller Hoffnung entfernte sich das Mädchen, doch sie wartet bis heute noch auf den Besuch des „gutsituierten Herrn“. Statt dessen traf ein Brief von einem Handschriftendeuter ein, der jedenfalls im Interesse des „Gutsituierten“ um ihren Besuch bat. Dort verlangte man zur Deutung ihres Charakters eine Handschriftenprobe. Preis der Deutung 10 Mark. Das Ergebnis wird natürlich dem Herrn, welcher die „herzige Frau“ sucht, eingesandt. Jedenfalls gefielen dem Herrn die Charaktereigenschaften der Bewerberin nicht, denn sie wartet immer noch in der Abendstunde auf den Herrn, der eine „herzige Hausfrau“ sucht, dessen Heim gewiß im Monde liegt. Im übrigen wendet jetzt auch, nach dem Fall des Mädchenmörders Meier-Lory, diesen Heiratsannoncen die Kriminalpolizei ihr Interesse zu; alle diese Ankündigungen werden jetzt sorgsam nachgeprüft, um zu ermitteln, wer sich unter den Annoncierenden befindet.

Kampf im Löwenkäfig.

In Nantes gibt gegenwärtig ein Zirkus Vorstellungen, deren Glanzpunkt eine starke Gruppe numidischer Löwen bildet, die von dem 13jährigen Dompteur Amar vorgeführt werden. Die Spannung dieser Vorführungen wird noch dadurch erhöht, daß gleichzeitig über dem, nach oben offenen Käfig eine Trapezkünstlertruppe ihre Künste zeigte. Vor einigen Tagen aber ereignete sich ein Vorfall, der zu den schwersten Folgen hätte führen können. Der 18jährige Trapezkünstler Georges Lancien stürzte infolge eines Fehltrittes ab und fiel mitten zwischen die Löwen. Sofort stürzte sich ein starker numidischer Löwe auf den Unglücklichen und packte ihn am Bein. Während sich der jugendliche Dompteur Amar verzweifelt abmühte, die anderen Tiere, die aufgeregt brüllten, zurückzuhalten, sprang ein anderer Dompteur, namens Raoul schnell in den Käfig und griff den Löwen an, der sich dagegen wehrte, seine Beute loszulassen. Nach einem erbitterten Kampfe gelang es Raoul endlich, die wütende Bestie zurückzutreiben und den bewußlosen Georges Lancien ihren Pranken zu entreißen. Der unglückliche Artist hat sehr schwere Verletzungen an den Schenkeln davongetragen.

Ohne Hose im Eisenbahnabteil.

Eine heitere Geschichte ereignete sich auf der Lokalstrecke, die nach Priezo bei Cannes führt. Ein Reisender, ein alter gutbürgerlicher Herr, hatte in dieser Station auf den Anschluß zu warten und benutzte die Wartezeit dazu, um sich ins Gras zu legen. Als er den Zug bestieg, bemerkte er zu seiner Ueberraschung, daß sein ganzer Anzug voll Ameisen war. Da sich zur Zeit niemand in dem Wagen befand, zog er sich rasch aus und schüttelte seine Kleidungsstücke eins nach dem andern zum Fenster hinaus. Zu seinem Unglück entriß ihm der Windzug die Hose. Als auf der nächsten Station einige Damen das Abteil des Zuges bestiegen und den Mann ohne Hose erblickten, flohen sie entsetzt und zogen die Notbremse, da sie sich einem Irrsinnigen gegenüber glaubten und einen Mordanschlag befürchteten, wie er sich vor kurzem im Zuge nach Boulogne ereignete. Der Zug hielt an. Der Wagen wurde auf beiden Seiten abgesperrt und die Gendarmerie geholt. Der „Wahnsinnige“ wurde trotz allen Sträubens abgeführt. Beim Stationschef wurde er vernommen. Erst hier stellte es sich heraus, daß es sich gar nicht um einen Irrsinnigen handelte. Unter dem Gelächter aller Reisenden erschien kurz darauf der alte Herr wieder, nachdem ihm der Stationschef eine Hose geliehen hatte.

Die Resl von Konnersreuth.

Von den „Wundern“, die an der hysterischen Therese Neumann in Konnersreuth geschehen, ist das stärkste das, daß sie angeblich nichts ißt und trinkt außer täglich ein Stückchen Hostie in einem Teelöffel Wasser. Dr. Frosch begründet seinen Unglauben dieser Erscheinung gegenüber in der „Welt am Montag“ folgendermaßen: „Lebt die Resl wirklich von immaterieller Speise, dann kann diese unmöglich einen unverdauten Rückstand im Leibe lassen. Aber leider ist's eine Tatsache: die Resl muß, wie die anderen Menschen auch, auf den Topf gehen. Sie muß beides, groß und klein, genau wie wir, die wir nicht mit himmlischem Manna, sondern mit ganz gewöhnlicher Art von Speis' und Trank ernährt werden. Das bezeugen ausdrücklich der Waldsassener Arzt und zwei katholische Ordensschwestern, die einmal eine vierzehntägige sogenannte „Kontrolle“ ausübten und sie so ernst nahmen, daß „die Schwestern die Resl nicht einmal allein auf das Klosett gehen“ ließen. Dr. Frosch will infolgedessen an die Resl erst dann glauben, wenn sie nicht mehr aufs Töpfchen muß.

Die Suppe.

Einst fuhr der Narr des Abtes von St. Gallen mit seinem Herrn auf dem Züricher See. Dabei äußerte er den seltsamen Wunsch: „Ach! Wenn doch das lauter Milch statt Wasser wäre!“

„Was wolltest du dann hineinbrocken?“ fragte der Abt.

„Nur Mönche und Nonnen, und der Teufel müßte die ganze Suppe auslöffeln.“

„Mich auch?“

„Weshalb sollte ich dem Teufel den fettesten Bissen nicht gönnen?“ war die schlagfertige Antwort des Narren.

Werbet ständig neue Abonnenten für unsere Zeitung!